

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Belegungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandierungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgehaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 18

Sonnabend, den 2. Mai 1925

29. Jahrgang

Stabile Währung, schwankende Preise.

(Nachdruck verboten.)

Während der Inflationszeit behaupteten bekanntlich die Arbeitgeber, daß die steigenden Preise durch die höheren Lohnforderungen der Arbeiter hervorgerufen würden, obwohl die Ursache in der beständigen Geldvermehrung für staatliche Zwecke klar zutage lag. Die Trennung der Staatsfinanzen von der Geldverwaltung bei Einführung der Rentenmark schuf mit einem Schlage die von Währungsstundigen als Wunder bestaunte Festigung des Preisstandes, so daß die Lohnfrage zunächst in den Hintergrund trat. Seit dieser Zeit hat — wie es in dem Geschäftsbericht der Reichsbank für das Jahr 1924 heißt — „in Zusammenhang mit der Stabilisierung der Währung und der Ordnung der Reichsfinanzen der Wiederaufbau und die Geltung der Gesamtfrage Deutschlands merkliche Fortschritte gemacht.“ Stimmt das wirklich? Haben wir eine stabile Währung und eine gesunde Wirtschaft? Der Augenschein lehrt das Gegenteil. Kennzeichen einer stabilen Währung ist ein fester Preisstand, denn die Währung zeigt ja nur das Verhältnis zwischen der umlaufenden Zahlungsmittelmenge und dem Gütervorrat an. Am Großhandelsindex, der nicht politisch beeinflusst ist, wie der Lebenshandelsindex, läßt sich die Kaufkraft der Reichsmark ablesen, wie der Luftdruck an einem Barometer. Im Januar 1924 war der Index 117,3, im Mai 122,5, im Juli 115, im Dezember 121,3. Das sind mehrfache Schwankungen nach oben und nach unten bis zu 11 Prozent. Es heißt starke Zuminungen an die Gültigkeit stellen, wenn bei einer solchen Schwankungswerte von Stabilität gesprochen wird. — Kennzeichen einer gesunden Wirtschaft sind fester Geschäftsgang und beständig abnehmende Arbeitslosigkeit. In Wirklichkeit herrscht infolge der Kreditverknappung allgemeine Unsicherheit und Krisenstimmung. Die amtlichen Arbeitslosigkeitsziffern, die nicht alle Arbeitslosen umfassen, schwanken in umgekehrter Reihenfolge wie die Preisziffern, ein Beweis dafür, daß ein enger Zusammenhang zwischen der Kreditpolitik der Reichsbank und der Arbeitslosigkeit besteht. Steigt der Preisindex, so sinkt die Arbeitslosigkeit, weil bei steigenden Preisen sich die Unternehmungslust und die Absatzmöglichkeit heben; sinkt der Preisindex, dann steigt die Arbeitslosigkeit, weil der Absatz zurückgeht und die Produktion eingeschränkt wird. Die tatsächlichen Verhältnisse stehen mit der Behauptung der Reichsbank in Widerspruch.

Wenn immer von einer stabilen Währung gesprochen wird, so meint man damit nicht die Kaufkraft des Geldes im Inland, sondern den Dollarkurs — also das Verhältnis der Inlandskaufkraft zur Kaufkraft des amerikanischen Geldes. Dieser Kurs wird mit Hilfe der aus der Auslandsanleihe gestellten Mittel und dem durch die Kreditbeschränkung aus der Wirtschaft herausgedrückten Devisenfonds seit Jahresfrist auf gleichem Stande gehalten. Er ist noch kein Beweis für eine gesunde Wirtschaft, sondern das Ergebnis einer künstlichen Stabilisierungspolitik, deren Haltbarkeit sich erst dann zeigen wird, wenn die Anleihenmittel erschöpft sind und die Wirtschaft die vollen Zahlungen für die Reparation aus sich selbst heraus aufbringen muß. Während der Dollarkurs im Jahre 1924 gleich blieb, ist die Kaufkraft der Reichsmark von 100 auf 89,4 gesunken. Gegenwärtig man sich andererseits, daß der Zahlungsumlauf von 273,6 Millionen Reichsmark Ende 1923 auf 4273,9 Millionen Reichsmark Ende 1924 gestiegen ist, während die Produktion aus verschiedenen Gründen nicht in gleichem Tempo folgen konnte, dann wird man nicht mehr nach anderen Ursachen der Geldentwertung suchen. Trotz goldgedeckter „stabiler Währung“ befinden wir uns im Zustande der Geldvermehrung. Wenn daraus noch keine Katastrophe entstanden ist, so liegt das nur an der wesentlich verringerten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, hervorgerufen durch den hohen Zinssatz und die beständigen Drohungen der Reichsbank, den Kredit einzuschränken, die allerdings nicht gegenüber allen Firmen wahrgemacht werden. Unter diesen abnormen Verhältnissen kann sich keine allgemeine Unternehmungslust entwickeln. Die Einschränkung des Kredits hängt wie ein drohender Gletscherflur über der Volkswirtschaft. Hinzu kommen die Absatzschwierigkeiten auf dem Weltmarkt, die den glatten Verkauf der an sich schon verringerten deutschen Produktion hindern. Der innere Markt ist infolge der Herabdrückung der Löhne unter das Existenzminimum erst recht nicht mehr aufnahmefähig. Neue Kapitalbildung durch Sparen findet nur in sehr begrenztem Umfange statt. Das Vertrauen zu den Sparanstaltungen ist in der Inflationszeit so gelähmt erschüttert worden, daß es noch längerer Zeit bis zu seiner Wiederherstellung bedarf.

Die Aussichten auf baldige Gesundung der deutschen Wirtschaft sind daher nicht glänzend. Kommt dazu noch eine kurzfristige Lohnpolitik der Arbeitgeber, wie sie jetzt in der Tagespresse und in geheimen Rundschreiben empfohlen wird, wonach aus Rücksichten auf die gar nicht vorhandene „Stabilität“ der Währung Lohnzulagen nicht mehr gewährt werden sollen, so ist das Schlimmste zu befürchten, denn auch dem geduldbigsten Arbeiter fällt sich die Faust, wenn man ihm, genau wie in der Inflationszeit, einzureden versucht, seine Begehren nach Lohn und Gehalt an der Zerrüttung der Währung, während sein Reallohn in Wirklichkeit dahinschmilzt wie der Schnee an der Sonne.

Aus diesem Widerstreit gibt es keinen anderen Ausweg als die vom Internationalen Sozialpolitischen Kongress in Prag und neuerdings auch von der englischen Arbeiterpartei geforderte Stabilisierung des inländischen Preisstandes durch eine entsprechende Kredit- und Währungspolitik. Die Festigung des Dollarkurses allein verdient nicht den Namen einer Währungsreform; viel wichtiger ist die Aufrechterhaltung der festen Inlandskaufkraft. Die Damesgesehe sind hierfür kein Hindernis. Wenn die Reichsbank gesetzlich verpflichtet wird, in Zukunft ihre Banknotenausgabe so zu regeln, daß sie beim Steigen des Großhandelsindex Noten einzieht und beim Fallen Noten ausgibt, so ist damit eine Richtschnur für die ganze Wirtschaft gegeben, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer volles Vertrauen schenken dürfen, weil dann die Währung vom gesamten Volke kontrolliert werden kann, während jetzt nur die Reichsbankaktionäre und ihre Eingeweihten wissen, was geschieht wird. Das Wesentliche ist die Verpflichtung der Reichsbank, ihre Währungspolitik nach dem Index zu richten. Damit würde an die Stelle der auf dem Deduktionsprinzip aufgebauten starren Goldwährung die elastische Goldwährung treten, die sich nicht nur nach dem für die meisten Menschen völlig belanglosen festen Goldpreis, sondern nach dem tatsächlichen Durchschnittspreis der allgemein gebrauchten Waren richtet. Erst wenn die Gewissheit besteht, daß Schwankungen des allgemeinen Preisstandes durch die angeordnete aktive Währungspolitik der Reichsbank im Reime erfolgt werden, ist mit einer Wiederkehr der Unternehmungslust und Sparfreudigkeit zu

rechnen, so daß die deutsche Volkswirtschaft dann sehr bald in der Lage sein wird, auf die Budgetkredite zu verzichten und die Risikozuschläge, die noch als Erbstück der Inflationszeit die Preiskalkulation zum Schaden der Konkurrenzfähigkeit belasten, abzuschaffen. In der Währungsfrage liegen gemeinsame Aufgaben der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor. Es wäre deshalb eine unverantwortliche Torheit, wenn sie von den Arbeitgebern zum Gegenstand eines Streites gemacht würde. (G.V.A.)

Aus dem Verbandsleben.

Der Geschäftsbericht der Verbandsleitung über ihre innere und äußere Organisationsstätigkeit in den Jahren 1922 bis 1924 liegt nunmehr gedruckt vor. Die Delegierten zum Verbandstag werden ein Exemplar wohl bereits in Händen haben und sind nun in der Lage vor dem Beginn der Tagung den Rechenheftbericht mit Mühe durchzulesen. Von der Gesamtauflage wurde in aller Eile erst eine beschränkte Zahl für den Verbandstag fertiggestellt, in allerhöchster Zeit kommt jedes Verbandsmitglied durch seine Zahlstelle ebenfalls in den Besitz des Berichts. Wir äußern dazu den dringenden Wunsch, daß jedes Mitglied ihn auch von Anfang bis Ende studiert und erhoffen dadurch eine Befruchtung des Versammlungswesens, wie überhaupt der Tätigkeit für den Verband.

Der Bericht umfaßt 120 Druckseiten; er bringt in gedrängter Kürze, was uns in den zurückliegenden drei Jahren als Organisationsvertretung der Steinmetzen und Steinsetzer berührt und angeregt, wie überhaupt interessiert hat. Die einzelnen Betrachtungen, Uebersichten, Tabellen und Berichte sind verständlich aneinander gereiht, sie stellen natürlich in ihrer Gesamtheit Kollektivarbeit dar wobei es nicht zu umgehen ist, daß hin und wieder dem Sinne nach Wiederholungen aufzutauchen. Besonders soweit die zerrüttende Inflationszeit in Betracht kommt, die ja jedem Ressort, hauptsächlich im Berichtsjahre 1923 ihren eigenen Stempel aufdrückte. In der Agitation sowohl wie der inneren und äußeren Organisation, keine Verbandsabteilung wurde davon ausgenommen. So ist es leicht erklärlich, daß diese unheilvolle Wirkung fast überall herausragt. Es hätte dem Bericht als Nachschlageheft in kammernder Zeit jedoch wesentlich gedient, wenn eine Art Stichwortregister beigegeben wäre, um sich schnell über dieses oder jenes aus dem Bericht, also aus der Vergangenheit, zu unterrichten. Bekanntlich ist das oft in den Zusammenkünften der Verbandsmitglieder notwendig; denn nur recht wenige Leser behalten den Inhalt so im Gedächtnis, daß sie sofort das Strittige im Meinungsaustausch herausfinden können.

Dem Bericht selber in seinem sachlichen Inhalt tut das allerdings keinen Abbruch. In den allgemeinen einleitenden Bemerkungen werden kurz die Vorgänge registriert, die das Verbandsleben beeinflussten und die zu besonderen Beschlüssen in der wirtschaftlich abnormen Zeit führten, damit die Organisation sich der jeweiligen Situation anpassen konnte. Mancher Beschlüsse wurde den Verantwortlichen sicher recht schwer, doch die Verhältnisse drängen, sie waren immer stärker als der kollegiale und organisierte Wille und Kraft. — Eine Tabelle über die Lohnschwankungen im Jahre 1923, nur aus einem Bezirk herausgegriffen (Steinmetzhöhne nach dem Sächsischen Normaltarif), zeigt den jetzigen Verbandsmitgliedern und lenkt unsern späteren beruflichen Nachkommen besser als lange Abhandlungen es vermögen, wie mit der Existenz der Lohnempfänger durch die Inflationswirtschaft Schindluder gespielt wurde. Der Geschäftsbericht verbreitet sich dann über die Geschäftslage in der Steinindustrie und ihre Belastung durch die damalige Ausfuhrabgabe, Luxussteuer, Frachtpreise, Umlaufverträge, dem Außenhandel in Natursteinerzeugnissen und dessen Ausfall durch die Rhein- und Ruhrbefegung. Auch der persönlichen Opfer an Ausweitung und der getöteten und verletzten Verbandsmitglieder durch die Separatisten im besetzten Gebiet wird gedacht. Dann folgt eine Schilderung der „Unternehmer-Praktiken“ gegenüber der Anwendung der Indexziffern bei den Lohnfestsetzungen. Im Kapitel „Das Tarifwesen“ wird der Kampf um den Achtstundentag, beim Ablauf und Erneuern der einzelnen Reichsmantelverträge wieder in Erinnerung gerufen, anschließend daran wird der Reichs-Steinmetztarif und der Reichstarif für das Steinsetzergewerbe behandelt. Eine eingehende Besprechung ist den selbständigen Landes- und Bezirksstatistiken gewidmet. Einige Tabellen ergänzen wirkungsvoll diese statistischen Darlegungen. Im Gesamtverband arbeiten doch noch 4 Zahlstellen mit 19 Betrieben und 325 Beschäftigten ohne Tarif. Es sind dies in der Hauptsache Kunststeinbetriebe oder sonst gänzlich aus dem Rahmen der Natursteinindustrie fallende Betriebe. Alles andre im Verband hat vertraglich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Eine tabellarische Uebersicht von den Stundenlöhnen in den einzelnen Berufsgruppen vom 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1924 wird unsern Kollegen gute Hilfe leisten. Bedauerlich ist nur, daß die Steinbildhauer als die höchstqualifizierteste Gruppe darin nicht mit aufgeführt werden konnte. Diese Gruppe in der Steinindustrie ist durch die veränderte Baumweise wohl am meisten dezimiert worden und wenn deren Lohnnachweis fehlt, ist vor allen Dingen die hohe Auffassung in der Beschaffung der Unterlagen seitens der Steinbildhauer Schuld daran. Auch die noch vorhandenen wenigen Steinbildhauer möchten auf diesem Gebiet ihre Aufgabe zu erfüllen versuchen. Anschließend an die Lohnübersicht folgt eine Abhandlung über die „Gliederung und Arbeitszeit im Organisationsbereich“. Auch diese wird in der Agitation erfolgreiche Dienste tun, sie bringt auch den ziffernmäßigen Beweis, daß in der gesamten Steinindustrie in allen Beschäftigungsgruppen der Achtstundentag als die regelmäßige Arbeitszeit gilt. Längere Arbeitszeit ist Ueberstundenarbeit, die als solche auch besonders bezahlt wird.

Gestreckt wurde in den verflochtenen drei Jahren in 277 Fällen, woran 2409 Kollegen beteiligt waren. Die meisten Erfolge wurden jedoch in Bewegungen ohne Streit erzielt. Nur ließen die abnormen wirtschaftlichen Verhältnisse es nicht zu, alle diese Bewegungen statistisch zu erfassen. Die daraus entstehenden ungeheuren Zahlenanhäufungen würden in Wirklichkeit von keinem Verbandsmitgliede mit Erfolg gelesen.

Eine Statistik über die Sterbefälle und ihre Ursachen in den Jahren 1922 bis 1924 bekräftigt nur aufs neue die Tatsache der Berufsgefahren und Berufskrankheit, die mit der Steingewinnung und Steinbearbeitung eng verflochten sind. Unter den Sandsteinarbeitern ist die Sterblichkeit dreimal größer wie in den anderen Gruppen.

Auf den Seiten 33 und 34 des Geschäftsberichts wird in Zahlen anschaulich der Anteil und die dauernde Verschiebung der Berufsgruppen an der Gesamtmitgliedschaft gemessen. Die Seite 35 bringt

eine Uebersicht nach der amtlichen Berufs- und Betriebszählung wie männliche und weibliche Steinmetzen in ihrer Beschäftigungszahl und Betrieben sich auf die deutschen Provinzen und Länder verteilen. Diese Uebersicht kann für die im Aufwachen tätigen Angehörten verschiedenartige Anregung geben. Auf den nachfolgenden Seiten ist dann manche innere Organisationsangelegenheit festgehalten worden, die vor dem Gros der Mitglieder zwar immer als richtig anerkannt wurden, bei einem Teil jedoch Widerspruch ausgelöst hat. Heute werden auch diese, wenn sie das Ganze rückwärtig übersehen, zu einer anderen Beurteilung kommen. Hoffen wir es wenigstens.

Einer der wichtigsten Vorgänge im Verbandsleben ist zweifellos die Aufnahme der Steinsetzerorganisation mit ihrem ganzen Organisationsapparat in den Steinmetzenverband. Auf Seite 43 bis 58 wird diese Tatsache ausführlich gewürdigt und anschließend die Berufs- und Lohnverhältnisse dieser neuen Berufsgruppe im Verband behandelt.

Wichtig für die Gesamtmitglieder ist vor allen Dingen der Kassenbericht. Eigentlich müßten alle Kollegen und sonst interessierten Leser diesen Abschnitt im Geschäftsbericht zuerst lesen, denn er enthält im Grunde den Schlüssel zum leichteren Verständnis für die meisten anderen Maßnahmen, die manchmal Unzufriedenheit wegen Unkenntnis der Zusammenhänge hervorgerufen haben. Die Abrechnung der Hauptkasse für das Jahr 1924 ist der ziffernmäßige Beweis der Wiederbefestigung unserer Schranken, und wenn man von den Abrechnungen der Jahre 1922 und 1923 sich in die des Jahres 1924 hindurchgelesen hat, dann ist wirklich das Gefühl beim interessierten Leser vorhanden, im schwankenden Boot auf wildbewegtem Meer nunmehr ganz plötzlich in ruhiges, sicheres Fahrwasser hinüberzugelitten. Wie gesagt, wir haben in der Redaktion die Auffassung, daß der Kassenbericht zuerst gelesen werden sollte, es würde sich dann ohne weiteres manche Stimmungsstöße als Stimmungsausschlag beim Lesen der anderen Darlegungen viel leichter ausgliedern.

Wie sonst üblich, hat auch die Redaktion eine kurze Darstellung, die das Drum und Dran der Verbandszeit betrifft, dem Geschäftsbericht einverleibt. Dann marschieren die Gauleiter auf! In jedem ihrer Berichte spiegelt sich ihre jagende, nimmer ruhende Tätigkeit wieder; die unbekümmert ob Wochentag, Sonntag oder sonstiger Feiertag ausgeübt werden muß. Ohne Rücksicht auf die Familie und auf die für den Beruf so heiß umämpfte achtstündige Arbeitszeit. Der Bericht schließt mit einer Uebersicht über die Tätigkeit des Verbandsausschusses als Kontroll- und Beschwerdestanz.

Alles in allem betrachtet ist der Geschäftsbericht der Widerschein und die Erkenntnisquelle für alle Vorgänge, die in der zurückliegenden Zeit unser Verbandsleben seit dem Verbandstag 1922 irgendwie berührt haben. Kein Mitglied darf ihn adios beiseitelegen, denn manches wird in seiner Erinnerung aufgefrischt werden, anderes wieder verständlich erscheinen, und so soll in der Auswirkung der Rechenheftbeiträge, die Verbandsmitglieder zu schulen und anzuspornen, immer für die Erweiterung und Vertiefung des Organisationsgedankens tätig zu sein. Unre Ziele und Aufgaben werden wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft immer mit der Wirtschaft im allgemeinen und mit der Lage der Natursteinindustrie eng verflochten bleiben. Nicht etwa so wie man gemeinhin oft sagt: „Auf Gebeiß und Verderb!“ Das wäre die bedingungslose Anerkennung, wie sie heute noch die meisten unserer beruflichen Arbeitgeber bekunden, nämlich: Viel Aufträge, viel Ueberstunden, oder überhaupt längere Arbeitszeit; dadurch erhöhter Verdienst, wodurch eine Erhöhung der Grundlöhne nicht nötig ist. Die Reihenseite davon: Wenig Aufträge, verkürzte Arbeitszeit event. noch Geld mitbringen. Diese Methode geht gegen unsere volkswirtschaftliche Auffassung und gegen unsere Organisationsziele. Wir wollen auskömmlichen Lohn, auskömmlichen geregelten Akkord, erträgliche Arbeitszeit bis zu acht Stunden. Dadurch erst kommt die Natursteinindustrie zur größeren Blüte. Diese größere Blüte wollen auch die Arbeitgeber in der Natursteinindustrie und im Straßenbaugewerbe, aber mit Löhnen und einer Arbeitszeit und sonstigen Maßnahmen, die unsern Widerstand und Kampf hervorgerufen. Dies klingt, nur mit andern Worten, fast aus jeder Seite des vorliegenden Geschäftsberichts heraus. In der zurückliegenden Zeit war es auch in der Hauptsache dieser nüchternen, primitiven Sinn des Zusammenklus-Prinzips, der die Oberhand hatte im wilden Auf und Ab des nackten Existenzkampfes. Unre weiter gesteckten Ziele als Ueberbau auf diesen primitiven Sinn des Zusammenklus im Verband, mußten zurückgestellt werden, weil die Kraft nicht ausreichte. Nunmehr wohnt wieder eine frischere Brie, deshalb der Ruf: Alle Mann an Bord, jeder an seinen Platz und dann in gemeinsamer Arbeit vorwärts zu größeren Aufgaben!

Die Arbeiten der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau.

Die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau veröffentlicht in der Presse das Ergebnis der bisher geleisteten Arbeiten. Wir entnehmen demselben nachstehendes:

Sofort nach Gründung der Gesellschaft im Oktober vorigen Jahres nahm dieselbe angeht der Dringlichkeit der zu bewältigenden Aufgaben ihre Arbeiten auf. Es galt zunächst die Organisation auszubauen, die Organe der Gesellschaft — Vorstand und Ausschüsse — unter Berücksichtigung aller sachlichen Interessen zu schaffen. Auf die zweckmäßige Zusammenlegung der Arbeitsausschüsse wurde der größte Wert gelegt. Es bestehen zur Zeit 14 Ausschüsse, die auf Grund von einheitlichen Richtlinien des Vorstandes auf ihren ersten Sitzungen Arbeitsprogramme festlegten. Die Ergebnisse der Ausschüsse sind im folgenden wiedergegeben:

Der „Engere Arbeitsausschuß“ teilte sein Arbeitsgebiet folgendermaßen ein: 1. Wirtschaftliches Verhältnis zwischen Schienenwegen und Kraftwagenstraßen. 2. Entwurf eines Kraftwagen-Verkehrsnetzes für Deutschland. 3. Gestaltung von Kraftwagen-Verkehrsbanden. 4. Gestaltung von Kraftwagenstraßen, die auch anderen Verkehrsarten dienen, sowie allmähliches Ausbauprogramm. 5. Einführung der Kraftwagenstraßen in die Stadt- und Landesplanung. 6. Festlegung, Durchführung und Betrieb von Kraftwagenstraßen.

Der Ausschuß „Stadtstraßen“, der bereits zwei Sitzungen abgehalten hat, nimmt seine Untersuchungen nach vier Gesichtspunkten auf: 1. Planung und Bau. 2. Nebenanlagen. 3. Betrieb. 4. Auswahl der Befestigungsarten.

Der Ausschuß „Landstraßen“ hat, um eine Grundlage für seine Arbeiten zu gewinnen, zunächst Berichterstatter zur Prüfung

folgender Fragen bestimmt: 1. Welche Mischkünde haben sich durch den zunehmenden Automobilverkehr auf den Landstraßen ergeben? 2. Welche Mittel können dagegen in straßenbautechnischer Beziehung angewendet werden.

Der Ausschuss „Hygiene“ hat sich zur Aufgabe gemacht: 1. Bekämpfung des Staubes und der Schmutzbildung. 2. Bekämpfung des Geräusches. 3. Sorge für Erhaltung reiner Luft.

Der Ausschuss „Verkehrsregelung“ bestimmte für seine nächste Sitzung drei Referate: 1. Geschwindigkeit, Belastung, Verzögerung. 2. Fahrbahnbreite, Verkehrsregeln, Klassifizierung der Straßen. 3. Verkehrsregelung, insbesondere verkehrspolizeiliche Bestimmungen.

Der Ausschuss „Straßenbau“ führt einen schriftlichen Meinungsaustausch unter seinen Mitgliedern herbei, um erst dann eine Arbeitsleistung vorzunehmen.

Der Ausschuss „Aphaltpflaster“ setzte vier Unterausschüsse ein: 1. Stampfaphalt. 2. Gussaphalt. 3. Walzaphalt. 4. Aphaltpflaster. Er machte ferner für die Aphaltpflaster der Versuchstraße in Braunschweig den Vorschlag zweier Ausführungsarten, die beide zur Anwendung kommen sollen: 1. Aphaltpflaster, heiß verarbeitet. 2. Aphaltpflaster im Tränkverfahren.

Der Ausschuss „Teerstrassen“ versendet an die Städte, Provinzialverwaltungen und die in Betracht kommende Industrie Fragebogen, um ein einwandfreies Material über vorhandene Teerstrassen und deren Bewahrung zu erhalten. Es wurden drei Unterausschüsse gewählt: 1. Historische und Auslandskommission. 2. Technische Kommission. 3. Wissenschaftliche Kommission.

Der Ausschuss „Betonstrassen“ beschäftigte sich bereits mit der praktischen Ausführung der Straßen. Die Betonstraße der Versuchstraße Braunschweig wird nach dem Vorschlag des Ausschusses ausgeführt. Sie wird nach dem Zweischichtenverfahren hergestellt, erhält eine Eisenbewehrung, eine mittlere Längsfuge und Querfugen in 6 Meter Abstand. Mit einer Anzahl von Interessenten für Betonstrassen ist Verbindung aufgenommen worden, damit überall nach einheitlichen Gesichtspunkten gearbeitet wird.

Der Ausschuss „Andere Straßenkonstruktionen“, der alle Straßenbefestigungsarten bearbeitet, die nicht in das Gebiet der vorgenannten Ausschüsse fallen, wählte drei Unterausschüsse und zwar für Pflasterklinker, Holzpflaster und Schlackensteinpflaster.

Der Ausschuss „Straßenbaumaschinen“ bestimmte zunächst drei Referate, und zwar für 1. Schotter- und Straßenbaumaschinen, 2. Betonmischmaschinen, 3. Teerstrassenbaumaschinen.

Der Ausschuss „Gesehung und Finanzierung“ beschäftigte sich in zwei Sitzungen mit der „Verordnung über die Erhebung von Vorausleistungen für die Wegeunterhaltung“, die inzwischen durch das bekanntgewordene Mindere Urteil für rechtlich ungültig erklärt worden ist und stellte Richtlinien für die Finanzierung der Wegekosten auf, die unterscheiden zwischen „allgemeinen Wegeabgaben“ (Kraftfahrzeugsteuer erweitert für alle Personen- und Lastwagen), besonderen Wegeabgaben (tonnenmetrisch gestaffelter Tarif) und außerordentlichen Reichs- und Staatszuschüssen für Neu- und größere Umbauten.

Die Erfahrungen des Auslandes sollen durch Studienreisen dem deutschen Straßenbau nutzbar gemacht werden. In diesen Tagen begibt sich eine Kommission zum Städtekongress nach Amerika, weiter sollen Studienreisen nach Oberitalien und der Schweiz vorbereitet werden. Von der Studienreise nach England liegt der Bericht bereits vor.

Die Ergebnisse dieser Studienreise nach England liegen in einer Abhandlung „Reise nach London zum Studium der Automobilstraßen in London und Umgebung“ vor. Zusammengefasst ist dieselbe von dem 1. Beigeordneten der Stadt Krefeld, Herrn Oberbaurat Henrich. Diese Studienreise fand in der letzten Oktoberwoche des vorigen Jahres statt. Es beteiligten sich daran die Vertreter der Vereinigung der technischen Oberbeamten deutscher Städte, des deutschen Straßenbauverbandes, des deutschen Landkreistages, der Studiengesellschaft für den Automobilstraßenbau, des Reichsverbandes der deutschen Steinindustrie, der Asphaltindustrie, der Teerindustrie und der Betonindustrie. Besichtigt wurden unter der Führung von Vertretern der Generaldirektion des englischen Straßenbauwesens eine ganze Reihe im Verkehr sowie im Bau befindlicher Automobilstraßen, unter anderem wurde die alte englische Versuchstraße in Sidcup besichtigt, wo noch ein Rest des im Jahre 1911 hergestellten Kleinpflasters vorhanden ist.

Der Bericht geht eingangs in bester Weise auf die Voraussetzungen des englischen Straßenbauwesens, der Organisation desselben und vor allem auf das zielbewusste Arbeiten der englischen Straßenbauingenieure zur Angleichung des Verkehrs mit den Straßenproble-

men, ohne sich an eine Schablone zu binden, ein. Weiter wird die technische Konstruktion der Straßen und die finanziellen Maßnahmen zur Durchführung eines großen Straßenbauprogrammes beleuchtet. In der Reihenfolge gibt der Bericht die in England mit Großpflaster, Kleinpflaster, Holzpflaster, Asphalt, Straßenteuerung und Betonpflaster gemachten Erfahrungen wieder. Zu dem Großpflaster bemerkt er, daß die mit besonders schwerem Verkehr belasteten Straßen der Londoner Außenstadt mit Großpflaster versehen sind, auch findet man es genau wie in Deutschland in den Gleisbahnen der asphaltierten oder mit Holz gepflasterten Straßen. Großpflaster wird auf einer 20 bis 25 Zentimeter starken gut ausgewickelten Packlage oder auf einer 15 bis 20 Zentimeter starken Betonschicht in Reihen gepflastert, sehr gut abgerammt und mit einer bituminösen Mischung oder flüchtigem Zementmörtel ausgegossen. Nach Ansicht der englischen Ingenieure ist der gute Fugenaustrich für die Haltbarkeit des Pflasters von größter Bedeutung, gleichzeitig soll derselbe geräuschkindernd wirken. Die Haltbarkeit dieses Pflasters in England wird auf 20 bis 30 Jahre angegeben und ist bedeutend wirtschaftlicher als das Holzpflaster. Der Preis eines Quadratmeters Großpflaster beträgt 26 bis 30 Mk. In der Innenstadt von London ist das Großpflaster, bis auf die Gleisbahnen der Straßenbahn, durch Asphalt- und Holzpflaster verdrängt worden.

Wir sehen also dort genau dieselbe Entwicklung vor sich gehen, wie bei uns in Deutschland. Auch die technische Ausführung dieses Pflasters gleicht der unsrigen vollkommen. Für ausgesprochene Lasten- und Güterverkehrsstraßen ist also auch in England das Großpflaster die entsprechende Straßenbede.

Ueber die Verwendung des Kleinpflasters in England sagt der Bericht folgendes:

Von besonderem Interesse für die an der Studienreise beteiligten Straßenbauingenieure war es, zu erfahren, in welchem Umfange das in Deutschland mit bestem Erfolge ausgeführte Kleinpflaster in England Eingang gefunden hat. Die dem Studienauschuss zur Verfügung beigegebenen Ingenieure teilten darüber mit, daß Kleinpflaster in England nur in geringem Umfange vorhanden sei und als Fahrbahndecke nicht sehr geschätzt werde. Als Grund gab man an, daß gut spaltbares Steinmaterial, das sich zu der für eine Großerzeugung notwendigen maschinellen Herstellung von Kleinpflastersteinen eigne, in England wenig vorhanden sei, auch fehlten geübte Arbeitskräfte, die Kleinpflastersteine durch Handarbeit anfertigen könnten. Es mühte daher das Kleinpflaster zu hohen Preisen aus dem Ausland bezogen werden. Auch habe sich das bisher versuchsweise ausgeführte Kleinpflaster nicht besonders bewährt. So hätte beispielsweise das auf der Versuchstraße in Sidcup im Jahre 1911 verlegte Kleinpflaster (Durax) größtenteils wieder beseitigt werden müssen, weil es dauernd in Bewegung war. Das bei der Besichtigung am 27. Oktober 1924 in Sidcup noch vorgefundene Reststück der im Jahre 1911 ausgeführten Kleinpflasterversuchsstraße befand sich übrigens noch in leidlich guter Verfassung. Es soll aber bereits stark ausgebeizt sein.

Wie weit das Verlangen des Kleinpflasters auf den englischen Straßen auf nicht sachgemäße Ausführung zurückzuführen ist, ließ sich leider nicht einwandfrei feststellen. Wenn das Pflaster in Sidcup sich bewegt hat, so kann daran auch der Untergrund oder ein mangelhaft ausgeführter Unterbau die Schuld haben. Derartige Schäden haben sich auch bei deutschen Ausführungen gelegentlich gezeigt, ohne daß man deshalb das Kleinpflaster verworfen hätte. In England wird der Unterbau der Straßen zwar meistens in großer Stärke ausgeführt, es werden aber vielfach minderwertige Baustoffe, wie Ziegelbroden, Dienstschladen usw. dazu benutzt. Eine gute Packlage, wie sie in Deutschland üblich ist, läßt sich damit allerdings kaum herstellen. Ein unerrückbar fester Unterbau ist aber selbstverständliche Vorbedingung für die Haltbarkeit des Kleinpflasters, weshalb sich dies auch am besten auf einer festen, alten Fahrbahn bewährt, die vor der Kleinpflasterung sorgfältig profiliert werden muß. Es muß noch erwähnt werden, daß man in England auch beim Kleinpflaster den Fugenverputz angewendet hat, ein Verfahren, das in Deutschland nicht üblich ist und sich im allgemeinen auch nicht als notwendig erwiesen hat.

Der Herstellungspreis des Kleinpflasters einschl. Unterbau wurde uns mit 24 Mk. je Quadratmeter angegeben.

Aus vorstehendem ist ersichtlich, daß das Kleinpflaster in England nicht die Verbreitung gefunden hat, als wie es in Deutschland der Fall gewesen ist. Die Mängel, die dies herbeigeführt haben, sind einleuchtend. Wissen wir doch, daß beispielsweise in New York das Kleinpflaster den Boden nicht gewinnen konnte, weil es, wie wir schon vor Jahren berichten konnten, unsachgemäß ausgeführt worden ist. Der Bericht geht dann auf die Versuche ein, die in England mit der Betonstraße gemacht worden sind. Endgültiges kann darüber auch der Bericht nicht feststellen, weil die englische

Betonstraße noch nicht aus dem Stadium des Versuchs heraus ist. Es sind auch nur kleine Straßenteile, die mit Beton und Eisenbeton befestigt sind. Eine Ausnahme macht nur ein Londoner Bezirk, der in einer Gesamtlänge von 16 Kilometer Betonstraßen gebaut hat. Dem Bericht ist eine Kartenskizze über die Londoner Automobilstraßen beigegeben, der erkennen läßt, in welcher großzügiger Weise dort dieses Problem der Lösung entgegengebracht wird.

Der erste Reichsmarktabschluss der Arbeiterbank.

Die Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte A.-G. in Berlin besteht nunmehr seit zwei Jahren. Zuerst in Form einer G. m. b. H. betrieben, wurde sie im Vorjahre in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Aktienkapital befindet sich in den Händen der Gewerkschaften. Der erste Reichsmarktabschluss der Arbeiterbank für ein halbes Jahr liegt nunmehr vor. Die Bilanz zeigte am 31. Dezember 1924 folgendes Bild (in Reichsmark):

Gewinn- und Verlustrechnung:		Mk.
Rohgewinn	229 061.40	
Handlungsunkosten	89 505.02	
Reingewinn	139 556.38	
Der Reingewinn fand folgende Verteilung:		
Gesetzlicher Reservefonds	75 000.00	
Spezial-Reservefonds	25 000.00	
Dividende (10 Prozent)	37 500.00	
Vortrag auf neue Rechnung	2 056.38	
Aktiva:		
Bilanzsumme	10 306 881.31	
Kasse und fremde Gelder	153 104.37	
Wechsel	262 344.39	
Kontoguthaben bei Banken und Bankfirmen	5 073 713.33	
Schuldner	4 441 027.97	
Davon ungedeckt	38 862.00	
Eigene Wertpapiere	376 690.25	
Passiva:		
Aktienkapital	750 000.00	
Gläubiger	9 417 324.93	

Die Einrichtungen der Bank wurden über das Handlungsabrechnungsbuch auf 1 Mk. abgeschrieben. Aus dem Geschäftsbericht sei noch folgendes erwähnt: Soweit Effektingeschäfte getätigt wurden, handelte es sich in erster Linie um festverzinsliche Papiere mit bester Deckung. Ein Teil der verfügbaren Gelder hatte die Bank in erfruchtigen jeberzeit rediskontbaren Handelswechseln angelegt. Der Rest wurde bei Banken und Bankfirmen begeben. Die Bank konnte, soweit die Rücksicht von der unerläßlichen Liquidität dies gestattete, im Wege kurzfristiger Kredite an Konjunktionsgesellschaften, Soziale Baubetriebe und Siedlungsgesellschaften, Kommunalverbände, Soziale Versicherungsgesellschaften und dergleichen dazu beitragen, daß das von der Arbeiterbank zusammengetragene Geld den sozialen Interessen derselben Bevölkerungsschichten zugute kam. Hierin fand die Verwendung der Gelder ihre vornehmste Aufgabe. Die Verwaltung der Arbeiterbank ist sich darüber klar, daß die Betonung der vorerwähnten Aufgaben für sie das Aufheben anderer Verdienstmöglichkeiten bedingt, die andern Bankgeschäften zur Verfügung stehen. Sie ist aber der Ueberzeugung, daß für sie weniger die Erwirtschaftung großer Gewinne, als die Förderung sozialer Zwecke Ziel sein muß.

Der Geschäftsgang in den ersten Monaten des neuen Jahres zeigt einen weiteren Fortschritt des Unternehmens. Der frühere Aufsichtsrat wurde wiedergewählt. Vorsitzender ist der Genosse Leipzig, Stellvertreter Genosse Aufhäuser von der AW.

Der Abschluß der Arbeiterbank zeigt ein erfreuliches Gesicht. Ein Beweis, daß die Gelder der Gewerkschaften in guten Händen sind. Konten doch schon im ersten Halbjahr 10 Prozent Dividende verteilt werden. Der erste Versuch in Deutschland, eine große Arbeiterbank ins Leben zu rufen, ist damit glänzend gelungen. Die Arbeiterbanken sind berufen, in den Kämpfen der Zukunft eine große Rolle zu spielen. Werden doch dadurch große Summen dem privatkapitalistischen Geldintuiten entzogen und der Arbeiterbank dienlich gemacht. Die deutsche Arbeiterbank hat ihre Kinderstube rasch ausgetreten, sie hat sich sehr schnell zu einem achtunggebietenden Faktor entwickelt. Darüber freuen wir uns mit ganzem Herzen. Möge sie in ihrer Laufbahn in derselben rüstigen Weise vorwärtsschreiten, zum Wohle der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Von der Frankfurter Akademie.

Im Gegensatz zu früheren Jahren ist es den Organisationen der Arbeiter jetzt möglich, wenn sie die Kosten nicht scheuen, aus ihrer Klasse eine Anzahl geistig regierender Menschen heranzubilden, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge klar zu erkennen und die dann auch mit geschärftem Verständnis an die Einzelheiten von Wirtschaftspragen herangehen. Die bedeutendste Bildungseinrichtung, die bisher von den Gewerkschaften aller Richtungen gemeinsam ins Leben gerufen wurde, ist die Frankfurter Akademie der Arbeit. Hier werden die Teilnehmer in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zur Mitarbeit und Selbstverwaltung erzogen. Bisher wurde immer der Einwand erhoben, daß die Arbeiter bei der Besetzung staatlicher Funktionen nicht die genügende sachliche und fachliche Eignung hätten. Auch bei den ehrenamtlich Tätigen in besonderen Funktionen wurde das von unsern Gegnern besonders wahrgenommen, wenn der Betreffende aus der Arbeiterbank stammte. An der Akademie der Arbeit, an der sich der Schreiber dieses vom 1. Oktober 1924 bis zum 30. Juni d. J. befindet, wird die Möglichkeit gegeben, diese sachliche und fachliche Eignung zu erwerben. Die Erwerbung von Wissen darf nicht das Privilegium der Reichenden sein, es ist notwendig, daß auch die Arbeiter die entsprechende wissenschaftliche Schulung erlangen, die sie gebrauchen in ihrem Befreiungskampf. — Vor allem tut eine solche Schulung den Betriebsräten not. Die Betriebsräte leisten ihre Erziehungsarbeit allerdings nicht in kapitalistischer Auffassung, sondern mit dem Gedanken an das Ganze; denn nach dem Betriebsrätegesetz sollen die Betriebsräte die Interessen der Gesamtheit wahrnehmen. Das kann nur gelingen und fruchtbar wirken, wenn der große Fragenkomplex in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat beherrscht wird. Wer letzteres nicht kann, hat selten eine klare Stellung und wird von seinen eigenen eingeschränkten Gedanken, die zwischen Vernunft und Gefühl schwanken, hin und her geworfen.

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. ist der Universität eingegliedert. Aufgenommen wird, wer eine gewisse Reife des Geistes und des Charakters besitzt und eine längere Berufsbildung und Berufstätigkeit nachweisen kann. Wünschenswert ist noch, daß vorher eine Wirtschaftsschule besucht wurde, damit ein erfolgreicher Besuch der Akademie möglich ist und den Anforderungen der Akademie besser Rechnung getragen werden kann. — Neben den Veranstaltungen der Akademie steht den Hörern die Teilnahme an den Vorlesungen und Übungen der Universität frei. Sie haben ohne weiteres die Rechte und Pflichten der Besucher im Sinne der Universitätsstatuten. Die Akademie der Arbeit ist staatlich genehmigt. Sie ist vom Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auf Grund eines Vertrags mit den Spitzenverbänden der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen geschaffen worden, ohne Rücksicht der Parteirichtung. Sie ist daher eine überparteiliche Einrichtung, unabhängig von der verschiedenen Einstellung der Gewerkschaften. Ueberparteilich aber nicht in den entscheidenden Lebensfragen des heutigen Menschen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Hier sucht sie eine eigene Entscheidung herbeizuführen. Dabei ist wichtig, daß diese innere geistige Formung nicht etwa zur Prägung einer Persönlichkeit führt, die sich gegenüber der sozialen Wirklichkeit nicht mehr verpflichtet fühlt. Dazu ist die Akademie nicht geschaffen. Ihre Aufgabe ist nicht, Gelehrte zu machen, sondern dem Arbeiter, der aus der dunklen Sphäre der Arbeit kommt, mit einer Bildung wieder zurückzubringen, die er für die Lebenspraxis braucht. Die Kenntnisse, welche erworben werden, sollen später für die aufstrebende Arbeiterbewegung in allen

Zweigen nutzbar gemacht werden. Die Spitzenführung in der Organisation kann nicht so exakt funktionieren, wenn nicht im Betrieb und am Ort gesuchte Kräfte vorhanden sind, die der Betriebsrat die notwendige geistige Blutauffrischung beibringen würde, die zur Gesundung und Kräftigung des gewerkschaftlichen Geistes und Erfolges beiträgt. Das wurde von den Gewerkschaften schon längst eingesehen, und aus diesem Grunde hat man dann endlich die AW geschaffen.

Sie hat die gleiche Lehrmethode wie die Universität. Es finden abwechselnd Vorlesungen und Seminare statt. Jede Hörschaft ist zugleich eine Mitarbeiterschaft, was besonders zum erfolgreichen Besuch der Anstalt beiträgt. Ein reger Gedankenaustausch über die Probleme in Wirtschaft, Recht, Gesellschaft und Staat findet zwischen Hörer und Dozent statt, um eine gründliche geistige Reinigung in den entscheidenden Lebensfragen herbeizuführen. Der Lehrgang wird in drei Semestern geteilt. Im ersten finden neben den Vorlesungen auch Arbeitsgemeinschaften statt, in denen versucht wird, die Ordnungen des Volkstums in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat klarzumachen. Eine besondere Zusammenarbeit zwischen dem Hörer und Dozenten erfolgt im ersten Semester noch nicht. Man versucht den Hörer auf das richtige Gleis zu bringen und ihn möglichst freizumachen von Unklarheiten, die er mitgebracht hat. Wenn dies die Dozentenchaft fertiggebracht hat, dann kann mit den übrigen Wissensgebieten begonnen werden. Im zweiten Semester wird der Unterricht schon schwieriger, bis endlich im dritten und letzten eine völlige Zusammenarbeit erfolgt. Die Vorlesungen treten immer mehr in den Hintergrund, dafür kommen die Seminare in überwiegender Weise. Wie man sieht, wird ganz elementar vorgegangen, um dem Schüler alles ganz klar und verständlich zu machen. Dabei ist nicht zu übersehen, daß der Unterricht nicht isoliert ist. Manche Mühe und Geduld muß der Dozent haben, um dem Schüler die Sache verständlich an Hand von praktischen Beispielen und Skizzen einzuprägen. Behandelt werden die fünf großen Wissensgebiete der Wirtschaft, des Rechts, der Politik, der Sozialpolitik und der Soziologie. Natürlich alles in groben Umrissen, denn zu jedem Gebiete wäre zur gründlichen Bearbeitung ein eigener Lehrgang notwendig, der je neun Monate dauert. Diese Wissenschaften haben wieder eine große Anzahl von Hilfswissenschaften, die alle jenseitig werden müssen, um davon die Kenntnis zu erhalten, die man im praktischen Leben unbedingt braucht. Trotz der kurzen Dauer des Lehrganges lernt man auf allen Gebieten ungemein viel. Der Schüler kann nach Beendigung des Studiums die Akademie zufrieden verlassen. Dabei muß die große Mühe der Lehrer den Hörern gegenüber anerkannt werden. Ohne die anerkannt guten Lehrkräfte, wie sie gegenwärtig die AW hat, wäre ein erfolgreiches Studium ausgeschlossen. Es wird nicht philosophiert, sondern der Lehrstoff wird in einer solchen prägnanten Form gebracht, daß ihn jeder Hörer verdaut.

Als Lehrer wirken am vierten Lehrgang u. a. Dr. Sturmfels der Verfasser des Buches „Arbeiterbank und Staat“, das jedem Leser empfohlen werden kann. Zu beziehen durch die Universitätsbuchhandlung Frankfurt a. M., a. Bodenheimerstraße. Preis 4 Mk.). Dr. Michel, in der katholischen Welt durch seine feinsinnigen Schriften bekannt, Professor Dr. Hugo Sinzheimer, der bedeutendste Arbeitsrechtler in Deutschland, und der Nationalökonom Professor Dr. Nolling. Diese Kräfte beweisen, daß die AW eine der besten Bildungseinrichtungen ist, die von den Gewerkschaften hervorgebracht wurde. Sie wird aber auch nur von Arbeitern, Angestellten und Beamten besucht, die die notwendigen Fähigkeiten durch vorherige Prüfung aufweisen.

Der diesjährige Lehrgang wird von mehr als 50 Schülern besucht, beiderlei Geschlechts. Die größte Zahl besteht jedoch aus Gewerkschaftsangehörigen, ein geringer Prozentsatz ist aus dem Betriebe gekommen. Der jüngste Schüler ist 19, der älteste über 50 Jahre alt. Die meisten Hörer sind von den Verbänden delegiert worden; nur wenige sind auf eigene Kosten anwesend. Die Christlichen müssen für ihren Unterhalt selbst aufkommen, bekommen also keine Unterstützung. Es sind anwesend Mitglieder vom Metallarbeiter-, Textilarbeiter-, Eisenbahner-, Gemeinde- und Staatsarbeiter-, Holzarbeiter-, Transportarbeiter- und Steinarbeiter-Verband. Ferner Mitglieder aus dem Buchdruckerverband, Lithographen vom Ort Frankfurt. An Tabakarbeitern und Feuerwehrleuten fehlt es auch nicht. Die Bergarbeiter haben auch Hörer gestellt. Dann sind noch Fabrikarbeiter und Mitglieder aus andern Angestelltenorganisationen hier, weiter noch Hörer, die keiner Gewerkschaft angehören und die aus eigenem Interesse zu studieren gewillt sind, um event. nach dem Studium einen andern Beruf zu wählen. Der Unterricht dauert je Tag 4-6 Stunden, oftmals auch 6-7 Stunden. Die übrige freie Zeit muß zum Selbststudium verwendet werden. Ferner hat in den freien Stunden die Reinschrift des Gehörten in das Kollegbuch zu erfolgen, um den Lehrstoff dauernd zu halten und ihn mit der eignen Auffassung vergleichen und in Harmonie bringen zu können. Dazu ist noch notwendig das Lesen guter wissenschaftlicher Bücher, die von den Dozenten empfohlen werden. Ferner müssen die gewerkschaftlichen und politischen Blätter durchgesehen und studiert werden, um in allem auf dem laufenden zu sein. Kein Stündchen darf man unbentzt vorübergehen lassen, um das Studium möglichst erfolgreich abzuschließen zu können. — Es ist wohl klar, daß man neben Studienhoffnungen auch bittere Enttäuschungen erlebt. Allein das tut nichts zur Sache. Im Berufe ist nicht alles Gold was glänzt, auch auf der Akademie nicht. Fester Wille überwindet manche Schwierigkeiten, seien es solche persönlicher oder sachlicher Art. Wer für die Gewerkschaft arbeiten will, der darf vor keinem Hindernis zurücktreten, sondern der Eifer zum Werk muß um so größer werden.

Wenn ich nach dem Studium den Schlägel wieder schwingen, so tu ich's gerne. Doch in einem neuen Leben. Die Kollegen, die dann um mich sind, sollen aber auch davon teilhaben. Somit kommen wir nicht zum Erfolg. Nur eine gemeinsame praktische Arbeit, mit einem Einheitsgedanken in der Sache, erlöst das Proletariat von den Fesseln des Großkapitals.

Gleichgültiger, du willst dich um dein Eigenes
Nur kümmern? Um dein Haus und Weib und Kind?
Der Mensch hat kaum ein Eigentum, woran
Nicht fremde Hand unsichtbar liegt.
Dum: kümmer dich um Vaterland und Menschen.
Nimm teil mit Mund und Hand an allem Guten,
Nimm teil mit Herz und Sinn an fernem Guten,
Was Edle rings bereiten — auch für dich!
Laß nichts verderben, sonst verdirbst du mit,
Laß keinen Sklave sein, sonst bist du's mit!
Laß keinen Schlichter sein, sonst verdirbt er dich.
Und denken alle so, wie du: dann kann
Der Schlichte keinen plagen. — auch dich nicht!
Und tann die Menschheit frei das Rechte tun:
Kommt alles, was sie tut, auch dir zu gut,
Und deinen Enteln allen, denn auf immer
Wird das erworben, was der Geist erwirbt.

Schefer.

Wirtschaft und Politik.

Der Reichsverband der deutschen Industrie veranstaltete am 1. April zu Ehren seines abgehenden Vorsitzenden Dr. Sorge einen Abschiedsabend, an dem die Spitzen der Behörden, in ihrer Mitte der Stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons, Reichsminister Luther und andre prominente Persönlichkeiten teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit hielt der gegenwärtige Reichsminister eine Rede, in welcher er auf die Stellung der Wirtschaft zur Politik zu sprechen kam. Nach Meldungen der Tagespresse äußerte sich Luther u. a. folgendermaßen: „So können wir heute, wenn wir uns nicht in begrifflich leerem Raume bewegen wollen, Wirtschaft und Politik überhaupt nicht mehr auseinanderreißen. Und so wird jede wirtschaftliche Betätigung, die sich nicht im engen privatwirtschaftlichen Rahmen des einzelnen hält, sondern das Gesamtbild erfährt, eine der wichtigsten Tatsachen des politischen Lebens sein.“

Als Walter Rathenau den Satz prägte, daß die Wirtschaft das Schicksal der Nation sei, ist diese Meinung hart umstritten worden. Viele waren der Meinung, daß umgekehrt die Politik das Primäre und die Wirtschaft das Sekundäre im heutigen Staatsleben darstelle. Sei dem, wie ihm wolle, richtig ist, daß die eigentliche Politik in den Jahren der Nachkriegszeit teilweise nur das ausführende Organ der wirtschaftlichen Interessen, Organisation und Kräfte waren, die das Leben des Volkes in Bewegung hielten. War doch die ganze Reparationspolitik ein riesiger Komplex von Wirtschaftsfragen, aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen resultierend. Die Nachkriegszeit hat ferner zur Evidenz bewiesen, daß, mochte an der Regierung sein, wer wollte, doch letzten Endes jene Herren der Wirtschaft, Sinnes, Tyschen und andre, die Geschichte der Nation zu beeinflussen in der Lage waren. Die gewaltige Macht des Reichsverbandes der deutschen Industrie stand bei allen wichtigen Entscheidungen im Hintergrunde, jederzeit bereit, einzugreifen, wenn es galt, die Rechte der Industrie zu wahren. Die Verhandlungen mit Frankreich wurden letzten Endes von der Schwerindustrie diktiert, und ehe sich jene nicht mit ihrer französischen Schwester in allen Fragen einig ist, wird ein endgültiger Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich nicht zustande kommen. Reichsminister Luther ist sicher, als er obige Worte sprach, davon durchdrungen gewesen, daß die dort versammelten Vertreter als die Repräsentanten der Wirtschaft anzusprechen seien. Die Millionen der Hand- und Kopfarbeiter als wesentliche Faktoren der Wirtschaft wird der Reichsminister nicht mit in den Kreis seiner Betrachtungen einbezogen haben. Es war eine Zeitlang anders, da konnte man keine Zeitung aufschlagen, wo nicht über die „gewerkschaftliche Nebenregierung“ geredet wurde. Jeder Einfluß der gewerkschaftlich organisierten Millionenheere der Arbeiter, Beamten- und Angestellten war dem Bürgertum und vor allem den Industriellen ein Grauel. Deshalb der harte Kampf, der jetzt in Staat und Wirtschaft um die Zurückdrängung des Arbeiterinflusses ausgefochten wird, deshalb die offene Hand der Industrie bei den politischen Wahlen, um ihren Einfluß von dieser Seite aus zu vergrößern.

Es ist immerhin anzuerkennen, daß der verantwortliche Leiter der Reichspolitik „jede wirtschaftliche Betätigung als eine der wichtigsten Tatsachen des politischen Lebens“ erklärt. Denn wenn dies richtig ist, dann kann man den in den Gewerkschaften vereinigten Hand- und Kopfarbeiter die Mitwirkung und Mitbestimmung im Staatsleben nicht vorenthalten, dann müßten die Herren um Luther geradezu um die Heranziehung dieser Organisationsbemühung sein. Das Gegenteil ist der Fall. Dies kommt schon dadurch zum Ausdruck, daß die Regierung auf dem 18. März festgesetzten großen Rundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, wo die aktuellsten Probleme der Politik und Wirtschaft zur Debatte standen, durch ein paar Vertreter geringeren Grades vertreten war, während sie bei jener Zusammenkunft der Industrie, wo es sich lediglich um einen Leitungswechsel handelte, die Spitzen der Regierung bis zum Reichspräsidenten hinauf herbeigezogen waren. Gewiß sind dies nur Nebensächlichkeiten, aber sie kennzeichnen die Situation in prägnanter Weise.

Der Kern der harten Kämpfe seit dem Zusammenbruch der Ruhraktion auf allen Gebieten war die „Vernichtung des Novembergeistes“, die Beseitigung jeder Mitbestimmung der Hand- und Kopfarbeiter im Staats- und Gesellschaftsleben. Alles, was unternommen wurde, lief auf dieses Kernproblem hinaus. In dieser Linie lag auch die Wahllegung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Der offene und geheime Kampf gegen das Schlichtungswesen wird mit aller Hestigkeit geführt. Es liegt an jedem einzelnen der Millionen Arbeitnehmer in den Fabriken und Arbeitsplätzen jeder Art, Bureaus und Amstuden, diesem Streben nach Beseitigung des Einflusses der arbeitenden Massen einen Damm entgegenzusetzen. Dies kann geschehen durch intensive Tätigkeit für ihre Gewerkschaftsorganisationen, durch Stärkung der Verbandsklassen und durch Aufklärung über das Wesen der heutigen Klassenkämpfe. Geschieht dies, dann mögen sich die Spitzen der Industrie mit denen der Regierung zusammenfinden, wo und wie oft sie auch wollen. Letzten Endes entscheiden doch nur kompakte Machtverhältnisse. Diese liegen für die Hand- und Kopfarbeiter allein in einem lückenlosen Zusammenschluß aller Schaffenden in den Gewerkschaften.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streik (Steingewinnung und -bearbeitung): In Kehlheim (Kaltarbeiter). In Bremen. In Ostfriesland bei Meppen. In Rostock (Firmen Lüders und Giese vorm. Heinig). Streikbruchsbezirk Beucha, Grimma, Torgau, Wurzen (Streik und Ausperrung). In Dresden (Steinergewerbe).

Gesperert. In Detmold Firma Hugo Meier. — In Dohrbrügge der Betrieb von Koppe. — In Alsenz der Betrieb Emil Brizius und in Hochstätten der Betrieb Johann Schneider (beide lassen entgegen einer Verbindlichkeitsklärung des Landesschlüßlers im Afford arbeiten). — In Bielefeld der Zwischenmeister: Steinmetz Hunger. — Die Schleifereibetriebe in Meppen. — Firma Grastorf, Brückenbau, Helmkecker Straße b. Braunschweig für Steinmetzen. — Nach Bauhölzer in das dortige Granitwerk von D.-Ing. Paul Burger lehnt jeder Kollege ein Arbeitsangebot ab. — Die Steinergewerbe in sämtlichen Ortsschaften des Tarifbezirks Gera.

Zugang fernhalten! Außer von den Orten, die unter Streik und Sperre genannt sind: von Königsberg (Pr.), von Stuttgart (Steinmetzen), von Oberpeilau (Sa. Thust hat familiäre Granitsteinmetzen und -schleifer entlassen). Im Odenwald (Werksteingruppe) wurde von den Arbeitgebern der Tarif gekündigt. Vorstehende Orte gelten für die Steinbearbeitung. Im Straßensbau von Münster und Gresfeld.

Erledigte Bewegungen: Streik in Offenbach a. M., Frankfurt a. M. und Bielefeld-Hersford.

Tarifabschlüsse im bayrischen Pflasterergewerbe. Am 6. April fanden mit den Arbeitgebern des Pflasterergewerbes von München vor einer Schiedsstelle unter Leitung des Regierungsrats Schinger die letzten Verhandlungen zur Schaffung eines Tarifvertrags für München statt. Der Stundenlohn der Pflasterer beträgt 135 Pfg., die Kammer erhalten einen um 10 Prozent geringeren Lohn. Weiter sind die Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie die Ueberlandarbeit vertraglich geregelt. In Hof fanden am 19. April Verhandlungen statt. Auch dort wurde ein Vertrag für das Wirtschaftsgebiet Hof, Selb und Wunsiedel abgeschlossen, der einen Pflastererlohn von 1.20 M. vorzählt. Gleichzeitig ist eine Regelung der Ferienfrage und eine Regelung des sanitären Arbeitsschutzes in dem Vertrag vorgesehen. In Würzburg erfolgte bis zur endgültigen Regelung der Tariffrage eine bis April befristete Lohnregelung und in den anderen bay-

rischen Bezirken sind die Tarifverhandlungen im Gange. Diesen Bewegungen setzen sich anfangs große Schwierigkeiten dadurch entgegen, daß der Bayerische Arbeitgeberbund für das Pflasterergewerbe, entgegen den Wünschen der Arbeitnehmer, eine zentrale Lohnregelung unbedingt in die Wege zu leiten versuchte.

Alle Verhandlungsmittglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorstand zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserm Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluss aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, übt Solidarität!

Steinarbeiter.

Niederfirchen bei Deidesheim. Am Sonntag, dem 15. März, fand in den Räumen des Wintertellers in Niederfirchen eine Steinarbeiterversammlung statt, in der Gauleiter Kollege Sarfert über die letzten beiden Verhandlungen des Tarifamtes und aus der des abschließenden Tarifvertrages berichtete. Er hob neben andern die Schwierigkeiten hervor, die es verursachte, die Arbeitnehmer dazu zu bringen, die festgelegte Lohnzulage von 10 Prozent zu bezahlen. Es sei auch von unserer Seite anzuerkennen, daß der Verhandlung leitende unparteiische Vorsitzende in anerkannter Weise zu Werke gegangen sei. Als ungeheuerlich sei es zu bezeichnen, daß die bei der letzten Tarifverhandlung anwesenden Arbeitgebervertreter die Auffassung vertraten, daß sie die Bestimmungen der RW, § 1, Abs. 2, keinesfalls zwingen, mit uns einen Bezirks-Lohnvertrag zum Abschluß zu bringen; denn diese Bestimmung sei durchaus nicht eine zwingende, sondern nur eine Kannvorschrift. Hieraus erliehe man die eventuellen Folgen, wenn es uns nicht gelungen wäre, wieder einen Reichsarbeitsvertrag zum Abschluß zu bringen. Der Geist, der von diesen Arbeitgebern zum Ausdruck kam, ließe darauf hinaus, wohl zur Not mit uns einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, aber derart, daß er für die Arbeiter nicht mehr als ein Tarifvertrag angesehen werden könne. Denn nach Ansicht dieser Herren solle der Abschluß über die Belange der Arbeiter keine Bestimmungen enthalten. Auf Grund dieser, mit den Bestimmungen des RW, direkt im Widerspruch stehenden Auffassung der betreffenden Arbeitgebervertreter sei es leider nicht möglich gewesen, den Tarifvertrag, wie es schon lange von der Arbeiterchaft der pfälzischen Pflasterer- und Schotterarbeiter verlangt werde, zum Abschluß zu bringen, so daß es auch hier notwendig gewesen wäre, zwecks endgültiger Regelung des Tarifstreites das Tarifamt als Entscheidungsinstanz anzurufen. Die hierbei nur ganz kurz gestreiften Darlegungen des Kollegen Sarfert wurden von der Versammlung mit Zustimmung aufgenommen. Weiter nahm die Versammlung Stellung zum Verbandstag. Der Vorsitzende, Kollege Ran, ermahnte die Kollegen, bei allen künftigen Versammlungen noch zahlreicher zu erscheinen, als wie es diesmal der Fall sei; denn je geschlossener sich der Geist der gewerkschaftlichen Zusammengehörigkeit offenbare, desto mehr nützen sich die Kollegen selbst. Einig im Willen und ebenso einig im Handeln müsse auch in Zukunft Leitern der Kollegen sein.

Mühlbach. Wie alljährlich, hielten wir am 19. März d. J. unsere Generalversammlung ab, die gut besucht war. Unser Vorstand, Wilh. Grittmann, begrüßte die erschienenen Kollegen und gab die Tagesordnung bekannt, die nur zwei Punkte umfaßte: 1. Bekanntgabe des Kassens- und Tätigkeitsberichts; 2. Wahl des Gesamtvorstandes. In unserm Vorstandsbüro hat sich Anfang Januar d. J. eine Umwälzung vollzogen, da drei Vorstandsmittglieder aus unserm Verbandsausgesehen und „höher“ gestiegen sind. Sie rechnen jetzt zu der Reihe der Unternehmer! Die provisorische Führung der Verbandsangelegenheiten wurde von Andr. Wüst als Kassierer, Heinrich Grittmann als Schriftführer und Ludw. Anritter als 2. Vorstand weitergeführt. Punkt 1 der Tagesordnung wurde von den Kollegen Heinrich Grittmann und Andr. Wüst erledigt und von der Versammlung mit Einstimmigkeit genehmigt. Unser Kasse hat einen kleinen Ueberschuß aufzuweisen. Die Wahl ergab folgendes Resultat: Als 1. Vorsitzender wurde unser langjähriger Vorsitzender Wilhelm Grittmann einstimmig wiedergewählt, als 2. Vorsitzender wurde Kollege Wilhelm Breger neugewählt, als Kassierer Kollege Andreas Wüst und zu Revisoren die Kollegen Ludwig Antritt und Joseph Dehner. Zum Schriftführer wurde einstimmig Heinrich Grittmann ernannt. Nach Erledigung verschiedener Wünsche und Anträge wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Merenberg. Gibt es in Deutschland einen Pflastersteinbetrieb, wo anstatt Kollegialität Neid, Schmierigkeit und Mißgunst ihre Triumphe feiern, dann ist es sicher der Betrieb von Damian de Büd. Dort kennt man keinen Betriebsrat und auch keine Organisation. Ueberzeugte Kollegen, die schon Gut und Blut für die Arbeiterbewegung in die Schanze geschlagen, die sich mit ihrer ganzen Person für die Besserstellung der Arbeiter eingesetzt haben, werden von den dortigen Quäköllern schikaniert und drangaliert. Besonders betrifft dies Ripper, alte, gesunde Verbandskollegen, die man mit schlechtem Material bedient, bis diese, schwer geschädigt, den Betrieb verlassen, und das nennt man dann weggeleitet. Diese arbeiterunwürdige Drangalierung kann auch nur in Gehirnen von recht rüchständigen Menschen reifen und ausgeführt werden. Wir warnen einen jeden Steinkipper, in diesem Bestriebe Arbeit anzunehmen, solange diese Zustände nicht abgestellt sind.

Steinleger und Pflasterer.

Reg.-Bez. Merseburg. In der Streitsache der Wohlfahrtsbeiträge vom Jahre 1924 und im Anschluß an das Urteil der zuständigen Amtsgerichts — siehe Artikel in Nr. 16 des „Steinarbeiter“ — ist zwischen dem Obermeister der Steinleger-Zwangsgewinnung im Reg.-Bez. Merseburg und dem Gauleiter Göhre folgende Vereinbarung getroffen: „Die 2 Prozent Wohlfahrtsbeiträge vom Jahre 1924 sind seitens der Arbeitgeber sofort den Arbeitnehmern in bar auszuzahlen.“ Es liegt nunmehr an unsern Kollegen, sich umgehend mit ihren früheren Arbeitgebern in Verbindung zu setzen, und gemäß auf diese Vereinbarung das zuzehende Geld zu fordern. Weigern sich einzelne Unternehmer, so muß unter Berufung auf das bekanntgegebene Urteil kläglich vorgegangen werden. In den Gerichtsverhandlungen ist das Urteil und dessen Begründung vorzulegen. Dann wird in allen Klagen eine kostenpflichtige Verurteilung der Unternehmer erfolgen.

Aus der Altmark. Der länger als vier Wochen dauernde Streik der Steinleger und Berufsgenossen in Stendal, Klöße und Osterburg ist mit Erfolg und durch Abschluß eines Tarifvertrages beendet. Die Mitglieder der Steinleger-Zwangsgewinnung der Altmark gehören dem Arbeitgeberverband für Mitteldeutschland nicht an und weigerten sich energisch, den für Mitteldeutschland abgeschlossenen Landestarifvertrag anzuerkennen. Nach Ansicht der Unternehmer eigne er sich nicht für den ländlichen Charakter der Altmark. Die Unternehmer forderten einen Tarifvertrag und Lohnsatz, der aller Konkurrenz gemäße sei. Selbstverständlich müsse es sein, daß die Kleinbetriebe der Altmark durch besonders niedrig gehaltene Stundenlöhne lebensfähig bleiben. Für diese Ansichten reichte bei unsern Mitgliedern das Gehirnschmalz nicht aus. Der Steinleger Rier jun. gebrauchte anläßlich einer Verhandlung den Ausdruck, daß die Zunung den Mitteldeutschen Tarifvertrag nie, nie anerkennen würde. Und nun? Derselbe Tarifvertrag, der als unmöglich durchführbar, als untragbar bezeichnet wurde, ist für die Altmark rechtens geworden, und zwar durch Vermittlung einiger Mitglieder des Reichstarifamtes. Die einzige Abweichung betrifft die Lohnsätze und den unparteiischen Vorsitzenden der Schlichtungsstelle. An Stelle des letzteren soll eventuell für die Altmark ein anderer Herr gewonnen werden. Soweit die Lohnsätze in Betracht kommen, soll für den Bezirk der Altmark ein um 5 Proz. geringerer Stundenlohn zur Auszahlung gelangen. Wir müssen wirklich ge-

stehen, daß dies durch Verhandlung und ohne Streik auch möglich gewesen wäre. Die Herren Rier und Wellmann werden zu ihrem Leidwesen gestehen müssen, daß ihr Streik, ihr Kampfesmut nichts genützt hat. Oder sollte alles nur Theaterdramen gewesen sein? Bei Wellmann ist schon anzunehmen, daß dieser mit seinem bisherigen „radikalen Auftreten“ auch nur Schaumflügelerei getrieben hat. Das sozialistische Benehmen unser Mitglieder war eben stärker als der „gute Wille“ einer Anzahl reaktionärer Unternehmer. Daran ändert auch nichts, daß sich leider einige Steinleger von Stendal und Egeln als Streikbrecher eingefunden hatten.

Freistaat Braunschweig und Kreis Goslar. Ähnlich wie in der Altmark lagen die Verhältnisse in diesem Bezirk. Auch hier wurde der Mitteldeutsche Tarifvertrag und dessen Lohnsätze abgelehnt, nur mit dem Unterschied, daß diesmal mehr unsere Arbeitskollegen in Braunschweig-Verden, die zum Bauergewerksbund übergetreten sind, als Hindernis auftraten. Nachdem eine Anzahl Verhandlungen stattgefunden hatten, ist aber auch in diesem Bezirk der Mitteldeutsche Tarifvertrag so gut wie vollständig eingeführt worden. Wir haben bei den Verhandlungen von besonders weiter gesteckten Zielen des Bauergewerksbundes nichts gehört und bedauern recht sehr, daß sich erst ein Anzahl Verhandlungen notwendig machten, um zum Schluß zu der Erkenntnis zu kommen, daß der Wortlaut des Mitteldeutschen Tarifvertrages doch wohl das einzig Gegebene ist. Immerhin sind unsere Verbandskollegen im Freistaat Braunschweig finanziell die Geschädigten.

Während in Mitteldeutschland bereits Mitte Februar 1925 die Steinleger einen Stundenlohn von 95 Pfg. hatten, gelangten im Braunschweiger Bezirk dieselben Lohnsätze erst Mitte März zur Annahme. Weiter, während im Mitteldeutschen Bezirk ab 1. April 1925 1.10 M. gezahlt werden, wird im Braunschweiger Bezirk der Lohn von 95 Pfg. bis Ende April gezahlt. Und warum? Allein nur, weil unsere Braunschweiger Kollegen dem Bauergewerksbund als Mitglied angehören und nun jede Organisation an ihrem Stränge zieht. Welche unmöglichen Situationen entstehen, soll an folgendem Schulbeispiel dargestellt werden. Die beiderseitigen Funktionäre fassen den Beschluß, zur Durchdringung einer Lohnausbesserung zur Arbeits-einstellung zu greifen. Während unsere Verbandsmitglieder den Beschluß durchführen, tritt bei dem Bauergewerksbund irgendein Hemmnis ein, und dessen Mitglieder arbeiten ruhig weiter! So soll und darf es jedenfalls nicht gehen, wenn wir nicht völlig unter den Schritten kommen wollen. Die Berufs Kollegen müssen in eine Organisation hinein und müssen alle Aktionen nur durch eine Stelle geführt werden. Es wird die höchste Zeit, daß der DGB eingreift, wenn die ganze Arbeiterbewegung nicht zur Jarce werden soll, und wenn der Bauergewerksbund nicht selbst das Unmögliche einzieht und unsere Berufs Kollegen zu ihrer zuständigen Organisation, dem Steinarbeiter-Verband, abführt.

Landsberg a. M. Am 12. d. M. fand eine Versammlung der Steinmetzen und Steinleger statt. Der Gauleiter Koll. Schenke sprach über die allgemeine Arbeiterbewegung, auch über den Verbandstag. Die Versammlung war mit seinen Ausführungen einverstanden. Darauf wurden die Lohnforderungen aufgestellt. Sollten diese nicht bewilligt werden, wird die Arbeit eingestellt. Kollege Schenke erklärte, das sei nicht die richtige Art, die Mitglieder müßten mehr Vertrauen zu ihrer Sache haben. Bei den Verhandlungen werde die Lohnkommission mit aller Energie die Forderungen vertreten. Das Ergebnis wird hoffentlich so sein, daß die zweifelhafte Waffe des Streiks nicht erst angewandt zu werden braucht. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Schenke für seine Ausführungen und schloß mit einem Hoch auf die Organisation die Versammlung.

Hamborn. Am 5. April vormittags fand unsere Monatsversammlung statt, zu der die organisierten Kollegen Hamborns fast alle erschienen waren. Kollege Garba erstattete Bericht von der Konferenz in Essen, dem die Kollegen aufmerksam folgten. Ferner wurde an Stelle des früheren Vorsitzenden Schenke, der trotz schriftlicher Einladung nicht erschienen war, der Kollege August Garba als erster, und Kollege Johann Dimm als zweiter Vorsitzender gewählt. Zureisende Kollegen werden erlucht, sich vor Annahme von Arbeit an den Kollegen Garba oder den Kassierer Franz Haase, Hamborn, Marktstraße 23, zwecks Aufklärung über die örtlichen Verhältnisse zu wenden. Mit dem Gelöbnis, wieder mit dem alten Geist an die Arbeit zum Aufbau der Ortsgruppe Hamborn zu gehen, verließen die Kollegen die gutbesuchte Versammlung. Die künftigen Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, statt, und zwar in der Wirtschaft Halmann, Halmannstraße.

Liegnitz. Bezirkskonferenz am 12. April der Fachgruppe der Steinleger und Berufsgenossen von Mittel- und Niederschlesien. Es waren 13 Zahlstellen durch 18 Delegierte vertreten. Gauleiter Schulze gab folgende Tagesordnung bekannt: Punkt 1. Bericht über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen des Tarifvertrages. Punkt 2. Beratung und Beschlussfassung über die weiteren Maßnahmen. Kollege Ernst Schreiber-Liegnitz wurde als Vorsitzender und Kollege Josef Reichelt-Dhau als Schriftführer gewählt. Hierauf berichtete Gauleiter Schulze ausführlich über den Gang der letzten Lohnverhandlungen. Nachdem die Lohnverhandlungen am 27. Januar und am 10. März gescheitert waren, wegen Nichtannahme der Leistungsklausel, traten die Breslauer Kollegen am 17. März in den Streik. Nun erklärten am 19. März die Arbeitgeber sich bereit, wieder zu verhandeln. Es wurde eine Lohnzulage von 15 Pfg. pro Stunde für Steinleger und Kammer und eine 20prozentige Zulage für Hilfsarbeiter — zahlbar vom 7. März — bewilligt, ohne Annahme der Leistungsklausel. Die Arbeitgeber verlangten nur eine protokolllarische Anerkennung der Leistungsklausel. Gauleiter Schulze schloß folgende schriftliche Erklärung: Beide Parteien sind sich darüber einig, daß für die vereinbarten Löhne eine angemessene Arbeitsleistung zu erfolgen hat. Ueber die Höhe des zu leistenden Arbeitsquantums sind örtliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zulässig. — Derartige Verhandlungen lehnten aber die Arbeitgeber ab. Nun wurde beantragt, vor dem Schlichtungsausschuß zu verhandeln. Kollege Schulze machte dort nun folgendes Angebot: Die Durchschnittsleistungen eines Steinlegers betragen:

1. Bei Reupflasterungen: Granitgroßpflaster auf Schotter oder Beton; a) außerhalb der Gleise 1,50 Quadratmeter, b) innerhalb der Gleise 1,20 Quadratmeter pro Stunde.
2. Granitpflaster auf Sandbettung: 1,60 Quadratmeter pro Stunde.
3. Kleinpflaster aus sogenannten 4-Zöllern 0,80 Quadratmeter auf Reife, 0,80 Quadratmeter auf Bogen, 0,90 Quadratmeter diagonal pro Stunde.
4. Mosaispflaster 0,50 Quadratmeter pro Stunde.

Dieses Angebot wiesen die Arbeitgeber zurück.

Obermeister Scholz, Breslau, erklärte hierauf, dann wieder den alten Lohn zu zahlen. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses machte ihn aber darauf aufmerksam, daß dies nicht zulässig ist. Der erhöhte Lohn muß unbedingt weitergezahlt werden. Nun erklärten Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich Unterlagen zu verschaffen, und eine neue Verhandlung stattfinden zu lassen. Nach dem Bericht des Gauleiters setzte die Diskussion ein. Fast sämtliche Delegierte lehnten die Leistungsklausel ab. Kollege Krupp-Breslau gab hierauf Bericht vom Breslauer Streik. Gauleiter Schulze erklärte, daß dieser Streik musterartig geführt worden ist. Nun wurde den Lohnkommissionsmitgliedern die Vollmacht gegeben, bei der nächsten Verhandlung nach ihrem Ermessen zu handeln. Nachdem Kollege Kotz-Breslau noch einige Aufklärungen über das Lehrlingswesen und Prüfungskommission gegeben hatte, wurde die Konferenz vom Vorsitzenden geschlossen.

Ursowalde i. M. Zu der am 18. April einberufenen Versammlung der Steinleger, Kammer und Hilfsarbeiter waren die Kollegen bis auf einen erschienen. Zu dieser Versammlung war Kollege Schenke-Berlin anwesend; er sprach über die politische Lage und die am 26. April zu erfolgende Wahl. Nachdem gab Kollege Schenke

die Lohnverhandlung bekannt. Vor der Versammlung ging Kollege Schente mit dem Vorsitzenden zum Unternehmer. Trotzdem er anwesend war, ließ er sich nicht sprechen. Kollege Schente wußte auch hier wieder Rat zu geben, indem er zu einem Zusammenhalten der Kollegen ermahnte, was auch einstimmig beschlossen wurde. Hierauf ging es am Sonntag, dem 19. April geschlossen nochmals zum Meister wegen der Lohnforderung, worauf dann nach einträchtiger Unterredung der Lohn bewilligt wurde.

Rundschau.

Das Brot soll nicht billiger werden. Während des Monats März haben bekanntlich die Getreidepreise nachgegeben. So ermäßigte sich nach einer Veröffentlichung der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer der Roggenpreisindex von 149 auf 145. Angesichts dieser Tatsache wurde in Deutschland allenthalben die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bäcker auch mit dem Brotpreis zurückgehen würden, dessen Steigerung sie unter Berufung auf die Getreide-Hausse durchgeführt hatten. Im Monat März ist aber das Gegenteil eingetreten. Die Indexberechnung des genannten Instituts weist für Februar 136 Punkte und für Monat März 145 Punkte auf. Der Brotpreis ist also, während die Getreidepreise sanken, weiter gestiegen.

In welcher Zeit wird in Amerika ein Auto fertig? Wir lesen im amerikanischen Vorwärts aus Milwaukee: „Um sich von der Größe des amerikanischen Automobilwesens eine Vorstellung machen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß im letzten Jahr mehr als vier Millionen Kraftwagen hergestellt wurden. Das gibt auf den Tag bei einem Arbeitsjahr von 300 Tagen 13 333 Stück oder auf die Stunde des achtstündigen Arbeitstages 1166 oder auf die Minute rund 28 Wagen. 28 fertige Automobile in jeder Minute und davon macht der Automobilkönig Ford in Detroit allein zwei Stück. Ford beschäftigt in seiner Fabrik am Rouge etwa 48 000 Arbeiter und in Highland Park etwa 61 000, zusammen also rund 110 000. In Rouge werden die einzelnen Teile hergestellt und die Lastwagen fertiggestellt, in Highland Park die Autos. Das Zusammenstellen eines Autos benötigt ungefähr drei Viertelstunden, von der Klebung angefangen bis zum Abfließen des Wagens unter eigenem Dampf. Die Arbeiter stehen in einer Doppelreihe zu beiden Seiten einer endlosen Kette, die die einzelnen Teile zuführt. Von Minute zu Minute vergrößert sich das Gebilde. In kurzem ist der Motor aus dem Chaos unzähliger Teile und Teilschen entstanden, während er sich in unaufhörlichem, langsamem Lauf von Arbeiter zu Arbeiter bewegt, von denen jeder einzelne einen einzigen Handgriff anlegt, einen Bolzen einsteckt, eine Schraube anzieht, eine Drehung vornimmt, und bis er dann nach 45 Minuten am andern Ende der Kette angekommen ist, da ist er so unsichtbar eingebaut und so mit allem Zubehör umkleidet, daß es nur noch der Füllung und mechanischen Andrehung bedarf, um den Wagen in das Lager zu fahren, wo er sofort zum Verkauf fertiggemacht wird. — Bei der Herstellung der einzelnen Teile geht es ebenso endlos und mechanisch zu, auch dabei hat jeder Arbeiter seinen Platz und seinen Handgriff und auch dabei ist jeder einzelne nichts anderes als ein Rädchen, das eine winzige Vorwärtsbewegung macht und dann wieder in seine Ursprungsstellung zurückkehrt, um dieselbe Verrichtung vorzunehmen, täglich acht Stunden lang, mit einer halben Stunde Essenspause. Monatelang, jahrelang. Wenn man dieser Stätte der tausend Wunder entzogen ist, umgibt sich der Märchen freut, die da von ruhigen Händen gebildet werden, dann überkommt einem mit einem Mal auch der Gedanke an die Menschen, die das alles zuwege bringen, und man fragt sich nicht etwa, wie lange haben die Leute denn eigentlich gelernt, um diese Hexerei zu vollführen, sondern man fragt sich, wie hatten die Leute das eigentlich aus, immer daselbe und immer daselbe und immer daselbe! Was sieht der Mann von der Arbeit, an der er mitarbeitet? Welchen Anteil hat er an ihr und welchen innerlichen Anteil kann er an ihr nehmen?

Die Gebrüder Dodge in Detroit, die 18 000 Arbeiter beschäftigen und alle zwei Minuten einen Wagen fertigstellen, haben die Eisenmelze gleich im Haus, so daß man sogar den Werdegang vom Urzustand an verfolgen kann. Ueberhaupt sind Eisen und Stahl die Besonderheit der Dodge-Wagen, sie sind ganz aus Stahl, auch der Oberbau, und es ist einer der eindrucksvollsten Anblicke, zu sehen, wie binnen kurzem eine einfache Stahlplatte durch einen einzigen Druck so zurechtgebogen wird, daß sie einige Minuten später schon als fertige Karosserie der Abstreif- und Lackierungsabteilung zugeführt werden kann, wo sie nicht etwa mit dem Pinsel angefrisiert, sondern aus breitmündigen Blechsprengern mit dem Lack begossen wird; der nasse Wagen kommt darauf in einen Backofen mit 550 Grad, wo die Lackschicht gehärtet und dann in andern Ofen wieder abgekühlt wird. Der Vorgang wiederholt sich dreimal und gibt dem Wagen einen Ueberzug, wie er an einem Holzwagen niemals angebracht werden könnte, weil das Holz die Trocknung nicht aushalten würde. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Maschinen sind nur dem Fachmann verständlich, der Late weiß nur, daß sie sich am feinsten im Preise ausdrücken, der zwischen 500 Dollar für den Ford Flivver und 5000 Dollar und mehr für die Prachtwagen schwankt. Bemerkenswert ist, daß Amerika mehr und mehr von dem offenen Wagen abkommt und zum geschlossenen Wagen übergeht.

Wie Zölle entstehen! Darüber bringt das „Berliner Tageblatt“ einige Beispiele aus den Zollverhandlungen des Reichswirtschaftsrates, bei denen die „Sachverständigen“ vernommen werden. Es zeigt sich dabei, daß viele Industrielle sich so stark vom Zollburst leiten lassen, daß sie die Logik ganz vergessen und in offene Widersprüche geraten: da sieht man, daß „Interessent“ und „Sachverständiger“ doch nicht ein und dasselbe ist.

Beispiel 1. Die Industrie für gewöhnliche Haushaltsbürsten und Besen verlangt einen Zollsatz, der vier- bis fünfmal so hoch sein soll als bisher. Die Vertreter der Regierung sind überrascht und verlangen eine Begründung. Der „sachverständige“ Fabrikant legt darauf eine Bürste vor, die aus der Tschechoslowakei nach Deutschland massenhaft zu 3 Mk. das Duzend eingeführt wird, während sich die deutschen Herstellerkosten auf 4 Mk. belaufen. Der Preisunterschied rührt daher, so beteuert der „Sachverständige“, daß das Holz und die Löhne in Böhmen viel billiger seien als bei uns. Auf eine Anfrage mußte aber der Industrielle erklären, daß die Kalkulation sich folgendermaßen zusammensetzte: Die Wurzelfaser für ein Duzend Bürsten kostete allein 2,80 Mk., hierzu kamme 1,20 Mk. für Messingdraht, Holz, Lohn. Nun kommt aber die Wurzelfaser aus Amerika, muß also von den Tschechoslowaken ebenso hoch bezahlt werden wie von den Deutschen; und sie macht allein fast den ganzen böhmischen Preis aus? Es muß also etwas nicht stimmen...

Beispiel 2. Von einem anderen Sachverständigen wird ein Besen gezeigt, der aus Italien und Esch eingeführt, ungefähr nur so viel kostet, wie das unverarbeitete Reistroh! Reistroh wächst weber in Italien noch im Esch, wird auch dort von auswärts eingeführt, muß also doch genau so viel kosten, wie in Deutschland. Es stimmt also wieder etwas nicht!

Dazu möchten wir etwas bemerken, was das „Berliner Tageblatt“ nicht sagt: Diese Beispiele zeigen, was für ein großes Feld für die prüfende, kontrollierende Mitarbeit der Arbeiterschaft vorhanden ist. Der Unfinn, den die Unternehmer so oft den unerfahrenen, außenstehenden Beamten, den sie der Regierung vorbringen, um ihre Sonderwünsche zu erfüllen, wäre nicht möglich, wenn die demselben Industriezweig angehörigen Arbeitnehmer ernst und tätig eingreifen würden. Das Betriebsrätewesen und der paritätische Aufbau des Reichswirtschaftsrates sollten — so meinte man vor etwa vier Jahren — der Arbeiterschaft diese Aufgabe ermöglichen. Warum wird sie nicht erfüllt? Vieles liegt an den Organisations- und Geheimesmängeln, aber vieles an den Arbeitern selbst.

Mangel an Facharbeitern?

In letzter Zeit fällt es auf, daß Unternehmer in einer ganzen Reihe von Industriezweigen, obwohl der Geschäftsgang nicht gut ist, über Mangel an Facharbeitern klagen. Darin tun sich besonders die Bauunternehmer hervor, die nun seit Monaten der Regierung in den Ohren liegen, den angeblichen Mangel an gelernten Bauarbeitern zu bezeugen. Sie sind auch bereits mit der Tschechoslowakischen Regierung in Verbindung getreten, um für die kommende Bauzeit tschechoslowakische Arbeiter nach Deutschland zu bringen. Der famose Plan ist nur daran gescheitert, daß die tschechischen Unternehmer selbst einen Mangel an Facharbeitern und demzufolge eine Steigerung der Löhne befürchteten.

Es ist einmal notwendig, darauf hinzuweisen, daß gerade die Klagen der Bauunternehmer über Mangel an Facharbeitern nicht begründet sind. Nach den Feststellungen des Deutschen Bauergewerksbundes ist heute noch ein außergewöhnlich hoher Prozentsatz von Bauarbeitern arbeitslos. Die Darlegungen der genannten Gewerkschaft ergeben, daß, wenn auch bessere Konjunktur auf dem Baumarkt einsehen sollte, genügend Bauarbeiter vorhanden sind und gelernte Bauarbeiter in ihren ursprünglichen Beruf zurückwandern würden, daß selbst eine erhöhte Nachfrage voll und ganz befriedigt werden kann. Wenn die Unternehmer das übersehen, so lassen sie sich ausschließlich von dem Gedanken leiten, ein möglichst großes Angebot von Arbeitskräften zu erzielen, da ein solches Ueberangebot das beste Lohndruckmittel ist.

Trotz der Darlegungen der Gewerkschaften haben die Unternehmer mit ihren Klagen bei der Regierung Erfolg gehabt. Diese beschäftigt sich nämlich mit einem Plan, der u. a. folgendes vorsieht: Planmäßige Verteilung der Bauarbeiten über das Jahr 1923 bis in das Jahr 1926 hinein; zwischenörtlicher Ausgleich von Arbeitskräften; Wiederzuführung von Bauarbeitern, die in andere Berufe abgewandert sind; möglichst weitgehende Heranziehung von angelegerten und ungelerten Arbeitern und Verwendung von Baustoffen, die diese Heranziehung erleichtert.

Dieses Programm beweist, daß die in Frage kommenden Regierungstellen zu sehr den Darlegungen der Unternehmer Glauben geschenkt haben. Im übrigen verfehlt der Entwurf — wir verweisen nur auf die gleichmäßige Arbeitsverteilung —, wie man sich die Durchführung im einzelnen denkt. Der Plan der Regierung klingt ja sehr schön; die gleichmäßige Arbeitsverteilung wird aber ewig auf dem Papier stehen bleiben, wenn das deutsche Unternehmertum nicht jene technischen Verbesserungen vornimmt, mit deren Hilfe Bauarbeit ohne Unterbrechung durch das ganze Jahr hindurch verrichtet werden kann. Auf Grund der heutigen rückständigen Technik bei uns hängt das Baugeschäft durchweg von der Witterung ab, während in Amerika und teilweise auch in anderen europäischen Ländern durch Umbauten und Schabtauten der Witterungseinfluß so weit ausgeschaltet worden ist, daß die Bauarbeit nicht unterbrochen und auf gewisse Jahresabschnitte zusammengebrängt zu werden braucht. Wenn das Unternehmertum im deutschen Baugewerbe diesen Weg gehen würde, erübrigt sich eine Umgruppierung von Arbeitern, die durchaus überflüssig erscheint, da noch im Februar und März ein Fünftel aller deutschen Bauarbeiter ohne Arbeit waren. Außerdem ist im Baugewerbe in letzter Zeit mit starkem Nachwuchs zu rechnen, da in allen Landesstellen der Republik die Zahl der Lehrlinge durchweg höher ist als im Frieden. Vielfach hat sich hier regelrechte Lehrlingsjücherei auf Kosten der deutschen Qualitätsarbeit entwickelt. Der Regierung wäre anzuraten, sich einmal gründlich um diese, nicht unwesentliche Tatsache zu kümmern, anstatt sich für Pläne eines Unternehmertums zu verwenden, die nicht im Interesse der Wirtschaft liegen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Neujörg. Für den kranken Kollegen Karl Schenkel gingen von den Zahlstellen folgende Gelder ein: Hlauberg 10 Mark, Büchberg 10 Mark, Fürstent 8 Mark, Tröstau 5 Mark, Weidenberg 5 Mark, Friedensfels 5 Mark, Marktkeuthen 5 Mark, Großstattengrün 14.50 Mark.

Im Namen des kranken Kollegen den Gebern besten Dank.

Leipzig II. Zureisende Steinseker, sowie Kammer, haben sich vor Arbeitsannahme erst beim Vorsitzenden Robert Gubisch, Gohlis, Breitenfelder Straße 13, oder beim Kassierer Herrn Reinhardt Volkmarstraße, Natalienstraße 32, zu melden. Sprechstunden im Verbandsbureau Volkshaus, Zimmer 90, Montags und Freitags, abends von 7-9, Sonnabends von 3-5 Uhr.

Für die Streikenden im 3. Gau sind bei der Gauleitung noch folgende Sammelgelder eingegangen: Geising 10 Mark, Frohburg 15 Mark, Theuma 30 Mark, Mittweida 50 Mark, Langenberg 25 Mark. Mit den bereits quittierten 1069 Mark, also insgesamt 1199 Mark. Da die Cobauer Kollegen den Kampf inzwischen mit Erfolg beendet haben, wurden obige 130 Mark den streikenden Kollegen in Wurz und Bucha zur Verteilung an besonders bedürftige Kollegen überwiesen. Allen Gebern besten Dank.

Osabrück. Der in Nr. 13 veröffentlichte Steinmeh August Junger hat die von einem Kollegen mitgenommenen Sachen (neuer Anzug und Schuhe) zurückgelassen, aber in einem recht unlauberen und verwahrlosten Zustande. Solange der Steinmeh Junger nicht auch hierfür Kostenersatz leistet, ist die Damperei nicht ausgeglichen. Die Zahlstellen, wo Junger auftaucht, mögen das beachten, er hat Buch Nr. 027 161.

Mannheim. Für den Streit gingen nachfolgende Beträge ein: Karlsruhe 50, Kaiserslautern 50, Bühl 20, Seebach (Baden) 30 Mk. Im Steinarbeiter bereits quittiert 280 Mk. Insgesamt 430 Mk. Allen Gebern wird bestens gedankt.

Die Ortsverwaltung, Heinrich Breß, Kassierer.

Duisburg. Zureisende Steinseker haben sich vor Arbeitsaufnahme beim Sachgruppenvorsitzenden Hermann Bröckchen, Fruchtstraße 8, zu melden.

Adressenänderungen.

1. Gau: N.-W. Oldenburg (Holftein). Vorf. u. Kass.: Otto Wegner in Röß b. Oldenburg (Holftein).
1. Gau: N.-D. Stettin I. Kass. Hermann Zander, Pestalozzistraße 27, I.
3. Gau: Schreiersgrün. Vorf.: Max Grohschopf. Kass.: Arno Kober.
4. Gau: Langenlaka. Vorf.: Franz Wolf, Mauergasse 13.
5. Gau: Oberhausen (Rheinland). Vorf.: Friedrich Bergerhoff, Nollstraße 127. Kass.: Aug. Diederich, Oberhausen-Mittstadt, Hiberniastr. 1.
6. Gau: Oberwießen b. Kirchheimbolanden (Pfalz). Vorf. u. Kass.: Stephan Heinrich.
9. Gau: Wilmenrod. Kass.: Herm. Schardt.

Briefkasten.

Chg. Schm. Die Angelegenheit ist auf den Gauleiter der Steinsekerkollegen Paul Göhre, Halle a. S., Weingärten Nr. 26 zurückzuführen. Wende dich dorthin.

Gertin. Mehr als einmal wurde darüber an dieser Stelle Auskunft gegeben. Ließt du den „Steinarbeiter“ nicht? Die Veröffentlichung erfolgt nach der Reihe des Einkaufs und des zur Verfügung stehenden Raumes. Etwas mehr Geduld ist deshalb nötig für die Zukunft. Im übrigen war deine Anfrage erledigt in Nr. 17.

St. R. Den Artikel im St. habe ich wohl gelesen. Er enthält mehr, wie man vertragen und durchgehen lassen kann. Für die laufende Nr. 18 langte der Raum nicht mehr zu. In Nr. 19 wird es schon besorgt.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„**Fachblatt für Maler.**“ Den Wünschen der Verbandsmitglieder nachkommend, hat der Malerverband ein muftergültiges Fachblatt herausgegeben. Heft 1 liegt uns vor. Inhalt und Ausstattung imponieren und zeigen, was die Gewerkschaften im einzelnen in der Berufsweiterbildung noch zu leisten vermögen. — Ebenso hat der Verband eine Zeitschrift zum 40jährigen Bestehen der Organisation herausgegeben, die ausschließlich der Entstehung und Entwicklung der Berufsorganisation der Maler und Lackierer gewidmet ist. Für die Mitglieder sicherlich eine Schrift, die mit Freude durchgelesen und aufbewahrt wird. — Ein weiteres Schriftchen gilt für Vorkämpfer und Jugendliche im Malergewerbe. Es enthält wirkungsvolle kurze Abhandlungen, die den Belangen der jungen Menschen entsprechen.

„**Der Glaser.**“ Zeitschrift zum vierzigjährigen Bestehen der Glaserorganisation. Die letztere ist bekanntlich nunmehr dem Baugewerksbund als Fachgruppe eingegliedert, der auch Herausgeber der Zeitschrift ist. — Der Inhalt ist ganz nett zusammengestellt. Er enthält prägnante Organisationshinweise und solche rein fachlicher Art. Außerdem bringt die Schrift das wohlgelungene Bildnis des früheren Verbandsvorsitzenden, jetzigen Sachgruppenleiters Herrn Eichhorn, in drei Alters- und Organisationszeitepochen, 1885—1900—1925.

Kurt Schindler: „Zur Geschäftsordnung!“ Ein Leitfaden für Verbandsleiter und Vereinsvorstände zur Veranstaltung erfolgreicher Versammlungen. Industriebeamtenverlag, Berlin NW. 40. 1.50 Mk., Pappbd. 80 Seiten.

Wer hat noch keine verpöbelte Versammlung erlebt, wo es zu langsam oder zu überhastet, jedenfalls ungeordnet, langweilig und durcheinander zugeht? Wen hat nicht die Mut gepackt, wenn er sah, wie töricht sich manche Versammlungsleiter anstellen, so daß die gutwillige Zuhörerschaft zur Verzweiflung getrieben wurde. Wer bebauert nicht die gähnende Leere des Saales, die die Folge schlechter Vorbereitung und mangelhafter Propaganda war. Alles dieses behandelt das genannte Buch und zeigt wirksame Wege zur endgültigen Verberung. Wir können allen Zahlstellenvorständen, gleich welcher Art, auch politischen Vereinen, Referenten wie den Verbandsleitern und jenen, die es werden wollen, das Buch auf das angelegentlichste empfehlen.

Die Herstellung des Kalksandsteins. Lichtbildervortrag, gehalten von Ing. B. Krieger am der Tagung des Fachauschusses Baukunst des Vereins Deutscher Kalkwerke E. V. am 4. September 1924 in Leipzig. Verlag der Tonindustrie-Zeitung Berlin. 1925, 31 S. Preis 2 Mk.

Brasilien. Seine Bedeutung für Auswanderer, Exporteure und Kapitalisten. Dreißigjährige, bis zur Gegenwart reichende Erfahrungen von Karl Schueler. Preis 2.50 Mk. Verlag C. Regenhardt u. Co., Berlin-Schöneberg.

Als Auswanderungsziel oder Exportmarkt besitzt Brasilien für weite Kreise den Ruf, unter allen sonstigen Ländern die besten Aussichten zu bieten. Sie sind aber in Wirklichkeit recht unterschiedlich, und es kann jedem, der dahin auswandern oder Geschäfte anknüpfen will, nur geraten werden, sich vorher recht genau nach allen Seiten hin darüber zu unterrichten. Diese Möglichkeit gewährt das Werk von Karl Schueler. Aus der Erfahrung eines dreißigjährigen Aufenthalt im Lande selbst schöpfend, behandelt der Verfasser mit größter Ausführlichkeit die Aussichten für alle nur denkbaren männlichen und weiblichen Berufe; er schildert die wirtschaftlichen, politischen und klimatischen Verhältnisse des Landes, gibt erschöpfende Winke für Auswanderer über die Ausreise und die Ankunft und weist auf die Gefahren hin, die dem Unerfahrenen drohen. Jeder Leser gewinnt aus dem Buche ein anschauliches Bild über Land und Leute und kann — ein besonderer Vorzug des Buches — mittels eines beigegebenen Gutschein den Verfasser für besondere Auskünfte und Ratsschläge in Anspruch nehmen.

Natur und Liebe, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Guitao Hoffmann. Jahrgang 6. Nr. 1. Inhalt: Glaube, Dasselbes weltgeschichtliche Bedeutung, Religion der Kraft, Spießer oder Revolutionär? Dogma und Freiheit. Sakung des „Bundes-Religion des Sozialismus“. Preis für 3 Hefte 90 Pfg. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover, Jordanstr. 1.

Anzeigen

Berlin.

Achtung! Betriebsräte und Betriebsobleute! Achtung! Hiermit werden alle Betriebsräte und Betriebsobleute aus den Steinmetzgeschäften, Marmorbetrieben, Grabsteingeschäften, Alabasterfirmen (Leuchtschalengruppe) und Steinsetzfirmen im Bereiche der Zahlstelle Berlin aufgefordert, ihre Namen und Adressen so bald wie möglich im Bureau, Engelauer 25, abzugeben und die Legitimationskarten in Empfang zu nehmen. Die Ortsverwaltung. I. A.: Gust. Nitsche

Zur gemeinsamen Maifeler treffen sich alle Steinarbeiter, Steinsetzer und Berufsgenossen, Bildhauer und Alabasterarbeiter (Leuchtschalengruppe) am **Freitag, dem 1. Mai**, vorm 10 Uhr, in den Musikseilen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Kollegen, sorgt für allgemeine Arbeitsruhe und guten Besuch der Versammlung. Die Ortsverwaltung. I. A.: Gust. Nitsche.

Gesucht werden ca. **10 tüchtige Steinhauer** auf schwedische und deutsche Syenite und Granite, auch

3-4 Granithandschleifer Karlsruher Tariflohn Auskunft bei Betriebsratsmitglied **Kastner, Rupp & Müller, Karlsruhe.**

Erfahrener **Maschinenschleifer** sowie perfekter **Handschleifer** für alle Marmorarbeiten gesucht. **Wolfgang Deubner, Marmorwerk Chemnitz/Altendorf.**

Steinmetze Sohrlithauer und Granitarbeiter stellt ein **Herrn Jagdmann, Stettin** Pasewalker Chaussee

Sand-Steinmetzen stellt ein Marmor- und Steinmetzgeschäft **Fr. Schulz** Inh.: A. & C. B. Assard, Halle a. S.

Granitsteinmetzen und Schleifer werden für dauernde Arbeit eingestellt. **Granitwerk Köppler, Schmalkalden i. Thüring.**

Tüchtige **Steinmetzen** auf Kalk- und Kunststein (Stundenlohn 90 Pfg.) stellt ein **Emil Conrad, Pößneck i. Thüring.**

Bücher die in feiner Ausstattung erliegen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre empfiehlt **Verlag des DGB, Berlin S. 14** Zinfischstraße 6.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesnachrichten aus allgemeinen Statistiken eingelangt werden.

In **Demitz-Thumitz** am 9. April der Plastersteinmader **Oswald Wendisch**, 55 Jahre alt, Magenleiden; am 20. April der Hilfsarbeiter **Clem. Miltner**, 58 Jahre alt, Herzschlag.

In **Wabnitz** am 15. April der Schotterarbeiter **Fr. Herm Müller**, 56 Jahre alt, Gehirnschlag.

In **Wünschelbura** am 16. April der Hilfsarbeiter **Karl Riedel**, 20 Jahre alt, Unfall.

In **Geirces** am 21. April der Brecher **Georg Schmidt**, 51 Jahre alt, Magenkrebs.

Ehretrem Andenten!

Verantwortliche Schriftleitung **Hermann Siebold** Verlag von **Ernst Rindler** beide in Leipzig. Druck: **Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.**